LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

LANDTAGS NACHRICHTEN

15. Mai
4/2025
www.landtag-mv.de

Schutz für Frauen vor Gewalt+++Hitzeschutzplan für MV+++Debatte über Smartphones im Klassenraum+++
Wege zur Stärkung der Demokratie+++Trinkwasser ohne Schadstoffe+++Zehn-Punkte-Plan für Verkehrsinfrastruktur+++
Zukunft des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern+++UNESCO-Welterbeurkunde für das Residenzensemble Schwerin

3	AUS DEM PLENUM	„Schluss mit dem Stillstand – Her mit dem Aufbruch: Jetzt Klima und Freiheit für unsere Kinder schützen“ (Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
4 -11	Auszüge aus der Originaldebatte	Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Till Backhaus (Agrarminister), Enrico Schult (AfD), Daniel Peters (CDU), Daniel Seiffert (DIE LINKE), Sandy van Baal (FDP), Falko Beitz (SPD)
12 - 25	Berichte	Schutz für Frauen vor Gewalt Hitzeschutzplan für MV Debatte über Smartphones im Klassenraum Wege zur Stärkung der Demokratie Trinkwasser ohne Schadstoffe Zehn-Punkte-Plan für Verkehrsinfrastruktur Zukunft des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern
26 - 29	Meldungen	Petitionsausschuss zieht Bilanz Bedarfsplanung für ärztliche Versorgung Aussprache über den Achtstundentag von Beschäftigten Forderung nach digitaler Souveränität Große Wertschätzung den Feuerwehren Antrag zu Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Kommunen und Wirtschaft
30 - 34	Befragung der Landesregierung	
35	Gesetzgebung	
36 - 39	Ausschüsse	Unterrichtungsfahrt des Wirtschaftsausschusses nach Brüssel Agrarausschuss zu Besuch beim Bauerntag 2025 in Linstow 4. Jugendkonferenz von #mitmischenMV BSPC-Arbeitsgruppe tagt in Stockholm 165. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen
40 - 43	Panorama	UNESCO-Welterbe im Herzen der Demokratie Girls‘ und Boys‘ Day 2025 Ausstellung über die Welterbestätten in MV Ökumenische Andacht US-amerikanische Schülergruppe aus Mecklenburg County
44	Wussten Sie schon?	

Titelbild: Landtag Mecklenburg-Vorpommern

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler
Layout: produktionsbüro TINUS
Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 25.04.2025

Foto: Danny Gohlke

„Schluss mit dem Stillstand – Her mit dem Aufbruch: Jetzt Klima und Freiheit für unsere Kinder schützen“

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In der ersten Sitzung nach der Bundestagswahl brachte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 09. April mit einer Aktuellen Stunde das Thema Klimaschutz auf die Agenda. Unter dem Eindruck von einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für den Klimaschutz forderte sie verstärkte Anstrengungen in MV. Doch ihr Ansinnen fand bei den anderen Fraktionen keine Zustimmung.

Die Klimakrise ist nach Ansicht der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die größte Herausforderung der Menschheit. Sie richte mehr und mehr direkten Schaden am Leben der Menschen auch in MV an, sagte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Er warf der Landesregierung vor, keine Antworten zu bieten und auf fehlendes Geld zu verweisen. Dank des Engagements der Grünen auf Bundesebene stünden nun jedoch Mittel für den Klimaschutz in historisch nie da gewesenem Ausmaß zur Verfügung.

Für Agrar- und Umweltminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) ist bei Betrachtung der vielen Krisen auf der Welt das Konsumverhalten der Menschen eines der wichtigsten Themen. Die natürlichen Ressourcen seien endlich. Auch die Mobilität, der Verkehr, die Ernährung oder die Landwirtschaft müssten ebenso inbegriffen werden wie die Energie- und Wärmeversorgung. „Das gehört alles zusammen.“ Seit Jahren setze sich die Landesregierung für Klima- und Artenschutz sowie für sauberes Wasser und gesunde Ernährung ein.

Enrico Schult (AfD) erklärte, dass die Dominanz der Grünen in der Ampelkoalition nicht zum Aufbruch, sondern zu einem lähmenden Stillstand geführt habe. Wegen des vormundschaftlichen Gebarens der Grünen etwa beim Heizungsgesetz hätten sich selbst für das Problem sensibilisierte Menschen von der Klimathematik abgewandt. Er warf den Grünen vor, mit dem Thema Klimaschutz in den Landtag zu drängen, obwohl sie damit eindrucksvoll auf Bundesebene gescheitert seien.

Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** kritisierte die Grünen, die im Aussprachetitel Stillstand beklagten und Aufbruch forderten. Er konfrontierte sie mit der Bilanz der Ampelkoalition, die sie maßgeblich mitzuverantworten hätten. So gebe es nun im dritten Jahr in Folge eine Rezession. Deutschland sei in der Statistik der OECD Schlusslicht bei den Wachstumsaussichten, die Insolvenzen seien auf Rekordhoch und die Deindustrialisierung schreite voran.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) betonte die Fortschritte beim Klimaschutz in MV. „Wir haben in MV das größte Aufforstungsprogramm Deutschlands auf den Weg gebracht.“ Das Landesjagdgesetz sei geändert worden, um eine natürliche Waldverjüngung zu ermöglichen. Eine Moorschutzagentur sei gegründet und ein Qualifizierungsprogramm zur Gewinnung von Fachkräften für die Moorrevitalisierung geschaffen worden.

Sandy van Baal (FDP) stimmte in die Kritik an den Grünen ein. In deren Politik der vergangenen Jahre sehe sie keinen Aufbruch, sondern oft Misstrauen gegenüber den Menschen. „Sie reden von Freiheit, aber sie trauen den Leuten keine eigenen Entscheidungen mehr zu.“ Wenn dann noch das Auto verteufelt werde, ohne dass es Alternativen gibt, dann sei das nicht grün, sondern sozial ungerecht.

„Klimaschutz funktioniert nur mit den Menschen, nicht gegen sie“, erklärte **Falko Beitz** (SPD). Selbst wenn etwas wissenschaftlich richtig sei, bleibe es ohne gesellschaftlichen Rückhalt reine Theorie. Mit dem neuen Beteiligungsgesetz wolle die Landesregierung dafür sorgen, dass Menschen und Gemeinden, die beispielsweise Windanlagen vor der Tür haben, noch besser direkt davon profitieren werden.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Schluss mit dem Stillstand – Her mit dem Aufbruch: Jetzt Klima und Freiheit für unsere Kinder schützen“

Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen! Wir haben in diesem Frühjahr den trockensten März seit 100 Jahren erlebt. Schon wieder ein Rekord, und zwar kein positiver – beinahe jedes neue Jahr das wärmste, das die Menschheit je gesehen hat. […].

Wir erleben gerade, wie diese Krise mehr und mehr direkten Schaden am Leben […] eben auch bei uns hier in Mecklenburg-Vorpommern anrichtet. Was wir allerdings nicht erleben, zumindest nicht von der Landesregierung, sind echte Antworten darauf. [...].

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Keinen Sinn!)

[...] Und trotz dieser klaren Faktenlage behaupten CDU, FDP und insbesondere die Landesregierung bis zuletzt, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht im erforderlichen Maße umsetzbar seien, weil angeblich das Geld fehlt. [...]. Heute aber, dank des Engagements der GRÜNEN auf Bundesebene, haben wir diese letzte Ausrede aus dem Weg geräumt.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es stehen nun Mittel für den Klimaschutz

in historisch nie dagewesenem Ausmaß zur Verfügung, Investitionen in die Klimaneutralität bis 2045 sind im Grundgesetz verankert,

[...]. Sorgen Sie aber jetzt gemeinsam auch mit uns dafür, dass wir diese Mittel schnell und zielgerichtet einsetzen, um das Klima und damit die Freiheit unserer Kinder zu schützen, [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Wo bleiben die Vorschläge der LINKEN [...]?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wo,

(René Domke, FDP: Wo bleibt der Erfolg der GRÜNEN?)

wo bleibt das Konzept der SPD, [...]?

Wo bleibt der Klimainvestitionsplan der Landesregierung? Wo bleibt die Strategie, um 300.000 Hektar Moore bis dahin nicht nur nass, sondern auch wirtschaftlich nutzbar zu machen? Wo bleibt die Liste nachhaltiger Infrastrukturmaßnahmen

(Julian Barlen, SPD: Haben wir doch gerade einen Antrag zu beschlossen hier.)

für den Schienen-, Rad-

(Julian Barlen, SPD: Waren Sie nicht da?)

und Fußverkehr?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

[...], wo bleibt denn das Klimaschutzgesetz der SPD, der LINKEN, der Landesregierung,

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass die Klimaneutralität in Mecklenburg-Vorpommern, wie Sie es versprochen,

(Heiterkeit bei Petra Federau, AfD)

aber eben nicht gehalten haben, bis spätestens 2040?

(René Domke, FDP: Das stimmt.)

Und wo bleibt das klare Bekenntnis dafür, dass Klimaschutz die wichtigste Aufgabe dieser Generation ist, dieser politischen Generation ist?

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...], schaut alle her, hier kommt der Klimaschutz für alle

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

durch blühende Landschaften, ohne stinkende fossile Kraftwerke,

durch sichere, moderne Radwege [...],

durch einen bezahlbaren und zuverlässigen ÖPNV, [...],

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

durch eine kostengünstige Wärmeversorgung, die nicht länger von durchgeknallten Diktatoren wie Putin und Trump abhängt,

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau das!)

sondern auf Energie aus dem Boden, auf Abwärme [...] und auf Biomasse von Mooren setzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Spaltung unserer Gesellschaft

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Glocke der Präsidentin)

überwinden wir nicht durch Spardiktate, sondern durch Zusammenhalt. [...].

Wer Klimaschutz will, muss also auch die soziale Frage beantworten,

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wer soziale Gerechtigkeit will, der muss den Planeten erhalten. Beides funktioniert nur zusammen. Deshalb brauchen wir endlich, um da Sicherheit zu schaffen, ein Klimaschutzgesetz für Mecklenburg-Vorpommern, ein Gesetz, das ambitionierte Ziele setzt und konkrete Maßnahmen benennt,

(René Domke, FDP: Wer hat denn von Ihren Maßnahmen bis jetzt am meisten profitiert?)

[...] Schluss mit der Politik der leeren Versprechen, während das Wasser steigt und unsere Wälder brennen.

[...].

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir jetzt brauchen, ist der Mut zum nächsten Schritt, der Mut zur Verantwortung, Mut zu einer Politik, auf die unsere Kinder später stolz sein können, statt uns Vorwürfe zu machen. [...].

Was [...] gewinnen können? Eine bessere Zukunft, neue Arbeitsplätze,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Welche Arbeitsplätze? Sie zerstören Arbeitsplätze.)

saubere Luft, bezahlbare Energie, lebenswerte Städte und Gemeinden. Klimaschutz raubt keine Freiheit, er bewahrt sie.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig!)

Minister Dr. Till Backhaus

Foto: Danny Gohlke

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde ist sicherlich klug gewählt. Die globalen Krisen sind dramatisch, die Verständigung der Völker ist infrage gestellt. […]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und René Domke, FDP)

[…[

(Heiterkeit bei Petra Federau, AfD: Ja, genau!)

[…]

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wer saß da noch in der Regierung?! – Zuruf vonHannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und selbstverständlich erkennen wir die Wirtschaftskrise, selbstverständlich erkennen wir die Klimakrise, wir erkennen die Biodiversitätskrise, wir erkennen die Armutskrise.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Die Bürger haben die Regierungskrise erkannt. Das ist doch schon mal gut.)

Und die Hauptthemen, die in dem Zusammenhang stehen, sind doch vollkommen klar: das Konsumverhalten, eines der wichtigsten Themen, an die wir heranmüssen, und zwar alle, der Überkonsum, der Verbrauch der natürlichen Ressourcen ist endlich, oder natürlich auch im Bereich der Mobilität, des Verkehrs, oder die Ernährung, die Landwirtschaft mit inbegriffen. […]

Und deswegen ist, glaube ich, aus meiner Sicht und aus der Sicht auch der Landesregierung es so wichtig, dass für diese Gesellschaft der Klimaschutz, der Artenschutz, das saubere Wasser, die gesunde Ernährung seit Jahren ein Hauptthema darstellen, an dem wir auch intensiv gearbeitet haben und auch weiterarbeiten werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[…] Wir brauchen Wachstum in einem vernünftigen Maß, vollkommen klar.

Wir brauchen Wertschöpfung.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wirtschaft braucht Energie.)

[…]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

wir brauchen Einkommen in diesem Land. Und das erwarten die Menschen von uns,

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben doch nicht zugehört, Sie lesen da Ihre fertige Rede ab.)

[…] Und ich will hier keine Plattitüden, aber Ökonomie, Ökologie, soziale Verantwortung und dann noch im Übrigen auch ein kulturvoller Umgang miteinander, das führt die Gesellschaft wieder zusammen.

[…] nachdem das Bundesumweltministerium sehr hohen Verzug hatte in der Umsetzung des ANK, da waren mal 4 Milliarden Euro drin, das nehmen Sie hoffentlich zur Kenntnis – haben wir allein in Mecklenburg-Vorpommern, im letzten Jahr, in einem Jahr, über 100 Millionen Euro in das Land Mecklenburg-Vorpommern geschaufelt.

[…] Ich komme zu den erneuerbaren Energien, ganz kurz. Ich möchte mich ausdrücklich auch beim Wirtschaftsminister dafür bedanken, dass wir gestern im Kabinett das BüGem beschlossen haben, das geht jetzt in die Anhörung.

[…]

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist toll!)

[…]

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hä?)

[…]

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben doch genau so ein Gesetz vorgelegt.)

[…] wir brauchen Akzeptanz und wir brauchen Anreizwirkung. Und wir brauchen keine Verbote in Form von Gesetzen, sondern wir brauchen im Übrigen Möglichkeiten der Akzeptanz, noch mal, und des Mitmachens

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben ein deutliches Gesetz eingebracht.)

an diesen Themen.

[…] ich nehme ausdrücklich zur Kenntnis, dass die Menschen in diesem Land nicht pauschal gegen die erneuerbaren Energien sind, sondern es geht darum, dass man mit Augenmaß und dass man auch in der Sache orientiert am Bedarf orientiert den Ausbau der erneuerbaren Energien vornimmt. Und deswegen habe ich folgende Vorschläge

[…] Das Wind-auf-See-Gesetz und die Kapazitäten im Bereich des Landes Mecklenburg-Vorpommern sollten aus unserer Sicht mit einbezogen werden in die Gesamtkapazitätsentwicklung,

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Damit ihr weniger hier machen müsst.)

um damit im Übrigen auch eine gewisse Entlastung an Land zu erreichen, Punkt 1.

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Punkt 2,

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie wissen aber schon, dass die Gesamtenergiemenge gleich bleibt?)

[…]

(Unruhe vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: … vergessen. – Enrico Schult, AfD: Die hören gar nicht zu, Herr Backhaus. – Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Der googelt gerade, ob das stimmt, was Sie sagen.)

[…] Für mich ist inhaltlich vollkommen klar, dass man den Ausbau von Wind, von Sonne, von Biomasse, von Erdwärme und auch von Wasserstoff miteinander verknüpft betrachten muss. Und dafür muss es eine Überprüfung geben und dann gegebenenfalls auch eine Anpassung der Ausbauziele. […]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also wollen Sie weniger?)

[…] Und ich will das auch ausdrücklich sagen, dass wir der Überzeugung sind, dass wir das 1,4-Prozent-Ziel jetzt in den Blick nehmen müssen. […]

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Datensicherheit!)

[…] wir müssen alles daransetzen, dass wir die Akzeptanz der allgemeinen Bevölkerung hier erreichen und dass am Ende auch die Teilhabe in diesem Bereich ermöglicht wird. Und die Weichen sind jetzt gestellt. Und ich glaube, das ist auch eine sehr, sehr gute Botschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Enrico Schult, AfD

Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! […] Werte Kollegen von den GRÜNEN! […] Lieber Infantilität als erwachsener Lebensernst, das ist so Ihre Art […]

Die GRÜNEN hatten […] eine selbsterklärte Fortschrittsregierung verantwortet […] Nur führte genau diese Ampelkoalition unter Dominanz der GRÜNEN […] nicht zum Aufbruch […] sondern zu einem lähmenden Stillstand hier in diesem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[…]

Nehmt das Schicksal in die eigenen Hände, bei einem Staat, der nicht alles regulieren will – das wäre das richtige Motto dieser Aktuellen Stunde gewesen. Und ich zitiere Ludwig Erhard […]: „Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und lass mir von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, dass ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin."

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Stephan J. Reuken, AfD: Hört, hört!)

Das ist eine Maxime, werte Kollegen, die hat in diesem Hause leider nicht mehr den Stellenwert, die sie haben sollte, und das hängt natürlich auch mit der CDU zusammen, mit der Umfallerpartei. […]

Klima und Freiheit für unsere Kinder, wie Sie das wieder in einem Atemzug nennen! Freiheit, Freiheit will einerseits gewährt, andererseits aber errungen werden. […]

„Her mit dem Aufbruch" titeln Sie. Das läuft so aber nicht, denn die Menschen und auch die Kinder müssen selbst aufbrechen wollen, müssen Anstrengung und Selbstüberwindung als etwas erfahren haben, worüber Freiheit und Lebensgenuss zu erreichen sind. Sie sind eher der Auffassung, dass mehr Geld, mehr Schulden, mehr Mittel Freiheit ermöglichen und das Klima schützen. Ihr „Her damit!" ist tiefenpsychologisch schon ein vielsagender Versprecher. Lieber etwas nehmen mit „Her damit!", als mit Anstrengung, gar mit Einschränkung etwas zu geben oder sich selbst zu erringen […]

Wenn wirklich etwas zugunsten von Umwelt, Natur und Klima geändert werden soll, dann ist man abgesehen von klugen Innovationen nämlich auf ziemlich konservativem Gedankenterrain, werte Kollegen, denn dann sind wir bei Einsparungen und, siehe oben, beim Intensivieren […] in die ganz eigene Leistungsbereitschaft. […] Dann sind wir nicht bei exorbitanten Schulden, die Sie ja quasi versprechen und den zukünftigen Generationen damit eine große Last aufbürden.

Geld rettet das Klima nicht. Passen wir also in den nächsten Jahren ganz genau auf, was alles unter Infrastruktur verstanden werden wird, wenn die Finanzschleusen erst geöffnet sind. Ihre Zivilgesellschaft und all Ihre politischen Substrukturen in Gestalt von Demokratie und Politvereinen gehören übrigens nicht dazu […] das mal als kleiner Gedankenanstoß. […]

Mehr Schulden haben Sie, mehr Schulden für Generationen, einfach flott jenen aufgebürdet, denen Sie nach dem Titel Ihrer Aktuellen Stunde angeblich die Freiheit ermöglichen wollen, den Kindern nämlich. Verschuldung, werte Kollegen, Verschuldung ist jedoch nicht nur privat, sondern ebenso gesellschaftlich die schlimmste Einschränkung von Freiheit. Und genau von der reden Sie in Ihrem Titel und genau damit liegen Sie falsch, werte Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[…] Hören Sie auf, unsere Kinder mit Ihrer Klimahysterie zu verunsichern! Die Kinder brauchen Zuversicht, solide Finanzen und eine gute Bildung oder gute Bildungs- und Ausbildungschancen. Was sie nicht brauchen, sind solche Weltuntergangspropheten wie Sie […]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

die unentwegt einen Klimaablasshandel fordern […] damit jeden Morgen die Sonne aufgeht. Das hatten wir im Mittelalter, ich denke, diese Zeit haben wir lange hinter uns gelassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

CDU

Daniel Peters, CDU

Foto: Danny Gohlke

[…] Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn Sie hier den Stillstand im Titel beklagen, von Aufbruch reden, da muss ich natürlich Sie schon, das werden Sie mir nachsehen, auch mit Ihrer Regierungsbilanz oder mit der Bilanz der Ampel der letzten drei Jahre, die Sie ja mit zu verantworten hatten, und zwar auch maßgeblich, konfrontieren. Und ein Wirtschaftsminister in Ausbildung reicht da letztlich einfach auch nicht aus.

Und die Ergebnisse haben wir jetzt schwarz auf weiß zu Gesicht bekommen und müssen sie erdulden, meine Damen und Herren.

Ich gebe Ihnen einfach mal ein paar Stichworte: drittes Jahr in Folge für Deutschland Rezession, Deutschland – OECD Schlusslicht bei den Wachstumsaussichten, Insolvenzen auf Rekordhoch, steigende Arbeitslosigkeit, viele verlorene Industriearbeitsplätze, fortschreitende Deindustrialisierung, erdrückende Energiepreise. Vor diesem Hintergrund hätte ich mir auch mal deutlich von Ihnen erwartet, dass Sie natürlich aus Ihrer Sicht das Lieblingsthema und wichtige Thema Klimaschutz hier voranstellen. Aber Sie wissen auch, dazu braucht es auch eine wirtschaftliche Kraft, um Klimaschutz überhaupt gestalten zu können, meine Damen und Herren.

[…] Und Sie werden auch nicht bestreiten, dass Emissionen nicht an der Landesgrenze Halt machen. Das heißt nicht, sich nicht für Klimaschutz zu engagieren, aber es bedeutet eben auch, sich wirtschaftlich nicht durch politische Vorgaben wettbewerbsschädlich aufzustellen und dem eigenen Land Schaden zuzufügen. Und genau das ist in den letzten drei Jahren passiert.

Und Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass der Strombedarf in den nächsten Jahren explosionsartig ansteigen wird, auch durch Digitalisierung, durch KI und Rechenzentren. Es gibt ein schönes Beispiel: In den nächsten fünf Jahren soll sich der digitale Stromverbrauch weltweit auf mehr als 150 Terawattstunden verdreifachen, und das natürlich auch mit erheblichen Emissionen. Das ist eine globale Aufgabe.

Ein weiteres Beispiel: ChatGPT – das vielleicht der eine oder andere von ihnen mittlerweile auch nutzt, vielleicht sogar in Vorbereitung auf Landtagsreden – verbraucht jeden Monat so viel Kohlendioxid wie 200 Transatlantikflüge, meine Damen und Herren.

[…] Es braucht keine Verbotspolitik. Es braucht Anreiz- und keine Einschränkungspolitik. Politik kann auch nicht Wissenschaft und Technologie ersetzen, meine Damen und Herren. Und wir brauchen das Gegenteil von dem, was Sie hier vorgetragen haben. Es braucht Freiheit in der Technologieentwicklung,

(Beifall Sandy van Baal, FDP)

in der Forschung. Nur so werden wir es auch schaffen, über Anreize der Klimakrise zu begegnen. Davon hatten wir aber in den letzten Jahren viel zu wenig.

[...] Sie haben auf ein mögliches Klimaschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern hingewiesen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich wüsste nicht, wozu es das braucht. Ein Klimaschutzgesetz gibt es auf übergeordneter Ebene. Und ich sage ganz deutlich, wir als CDU werden uns gegen ein Klimaschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern stemmen, wenn es nur dazu führt, die eigene Wirtschaft weiter zu maßregeln, die eigene Wirtschaft weiter zu drangsalieren,

die Landwirtschaft zu drangsalieren und sie vor allem in eine Situation zu führen, noch weniger wettbewerbsfähig zu sein. Das darf nicht passieren!

Daniel Seiffert, DIE LINKE

„Im Land herrscht kein Stillstand!“

Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! […] Ja, das Thema Klimaschutz ist uns wichtig, und deshalb finde ich auch den Start hier, das „Schluss mit dem Stillstand“, das möchte ich auf keinen Fall so stehen lassen, denn Herr Damm hat das ja so ein bisschen so dargestellt, es gibt in M-V kein Klimaschutzgesetz, also gibt es keinen Klimaschutz. Und das ist definitiv nicht der Fall.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[…] Wir haben in M-V das größte Aufforstungsprogramm Deutschlands auf den Weg gebracht. Mehr als 3,5 Millionen Bäume von 5 Millionen sind bereits angepflanzt.

Wir haben zehn Prozent der Agrarflächen des Landes bereitgestellt, um Neuanpflanzungen für Bäume zu ermöglichen, für den Moorschutz und für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie.

Wir haben das Landesjagdgesetz geändert, um eine natürliche Waldverjüngung zu ermöglichen. Dadurch werden die Wälder in M-V vielfältiger und auch klimastabiler.

Wir haben eine Moorschutzagentur im Land gegründet und zum Arbeiten gebracht.

Wir haben ein Qualifizierungsprogramm zur Gewinnung von Fachkräften für die Moorrevitalisierung geschaffen, für die sogenannten Moorspezialistinnen und Moorspezialisten. Und das ist auch ein ganz entscheidender Punkt, warum wir an vielen Stellen nicht so vorankommen, insbesondere im Moorschutz, wie wir es gerne hätten, weil es uns an den Leuten fehlt, die das umsetzen können, weil wir Projektträger brauchen, die das umsetzen können. Und dort haben wir ein Kapazitätsproblem. Und wir als Land arbeiten hart daran, genau diese Kapazitäten hier im Land aufzubauen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[…] Wir sind beim Thema „Errichtung von Windenergieanlagen“. Wir haben ja hier in einem sehr, ja, sozusagen schwierigen Prozess es geschafft, die Kapazitäten bei den Genehmigungen in den StALUs deutlich zu erhöhen. Wir sind deutlich besser geworden, was Sie immer so als Stillstand nennen und als Beispiel bringen, da haben wir enorme Fortschritte erreicht.

[…] Wir haben zahlreiche Klimaschutzförderprogramme auf den Weg gebracht. Stand 2025 sind es über 600 Projekte, die gefördert wurden, um direkt und indirekt Treibhausgase einzusparen, seien das Richtlinien für Unternehmen und Kommunen oder Regenerative-Energie-Versorgungsrichtlinien für die Kommunen.

Beim Netzentgeld sind wir endlich vorangekommen. Natürlich konnten wir das nicht selber regeln. Das konnte nur die Bundesnetzagentur. Aber wir haben jahrelang hart dafür gekämpft, das Problem endlich auf den Weg zu bringen. Und jetzt, in 2025, hat es endlich geklappt und bis zu 200 Euro Entlastung sind für private Haushalte drin.

Wir sind auch beim Thema Bürgerbeteiligungsgesetz jetzt endlich weiter vorangekommen. Das Gesetz ist durch das Kabinett am gestrigen Tag gegangen und wird auf jeden Fall ganz wichtig sein, für mehr Akzeptanz vor Ort zu sorgen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Nicht vergessen möchte ich auch unser Bemühen im Bereich Mobilität und Verkehr. Wir haben es geschafft, das Deutschlandticket weiterzuführen. Wir sind dabei oder haben auch die Azubis und die Senioren mit eingebunden. Und wir arbeiten daran, das Rufbussystem endlich auch landesweit auszurollen.

Wir haben auch in einem anderen Bereich, im Bereich der Landesbauordnung, schon einiges erreicht und werden natürlich auch weiter daran arbeiten […]

Insofern, im Land herrscht kein Stillstand. Auch ich wünsche mir, dass das Klimaschutzgesetz bald fertig wird. Aber so zu tun, als wäre hier nichts passiert, ist schlicht und ergreifend falsch.

[…]

FDP

Sandy van Baal, FDP

Foto: Danny Gohlke

Worte allein retten […] kein Klima. Wenn ich mir […] die Politik der vergangenen Jahre der GRÜNEN anschaue, dann sehe ich keinen Aufbruch, sondern oft Misstrauen in dem Handeln gegenüber den Menschen bei uns im Land. Sie reden von Freiheit, aber Sie trauen den Leuten keine eigenen Entscheidungen mehr zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Sie wollen festlegen, was wir fahren dürfen, wie wir wohnen, was wir essen, wie wir heizen. Und das Schlimme dabei, […] ist, wer da nicht mitmacht, steht schnell unter dem Verdacht, nicht ambitioniert genug zu sein. Das […] ist keine Freiheit, sondern reine Bevormundung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Gerade bei uns auf dem Land spüren die Menschen das ganz besonders. Wenn der Bus selten fährt, die Wärmepumpe nicht eingebaut werden kann, weil das Haus dafür überhaupt nicht geeignet ist, und dann noch das Auto oft verteufelt wird, ohne dass es Alternativen gibt, dann ist das nicht grün, dann ist das sozial ungerecht. Und deswegen sagen wir, Klimaschutz ja, aber mit den Menschen, nicht gegen sie,

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[…].

(Patrick Dahlemann, SPD: Auch in Pasewalk. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

[…] der Klimawandel ist real, und […] wir haben eine Verantwortung, vor allem für unsere Kinder. Wir glauben daran und sind überzeugt davon, dass Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg zusammengehören, nicht entweder/oder, sondern beides.

Klimaschutz funktioniert […] nur, wenn er wirtschaftlich gedacht wird und vor allem in der Praxis umsetzbar ist, wenn Menschen und Betriebe mitmachen können, wenn wir auf Innovation statt auf Verzicht setzen.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen Sie doch mal: Was ist Ihr Plan?)

Der Emissionshandel ist […] ein Schritt dazu […]. […]

(René Domke, FDP: Richtig!)

[…] Wir wollen, dass es saubere Alternativen gibt und dass sie vor allem auch funktionieren, nicht irgendwann, sondern jetzt. […] wir setzen auf Technologieoffenheit, Wasserstoff,

synthetische Kraftstoffe, CO_2-Speicherung, Biokraftstoffe, E-Fuels. Und gerade da, […] wo der Strom nicht reicht, im Lkw, auf dem Acker, in der Werft und […] auch auf dem Land, da brauchen wir […] Lösungen, die praktisch gedacht sind, die mobil machen, ohne zu bevormunden, die bezahlbar sind, ohne auf Verzicht zu setzen.

[…] Klimaschutz auf Pump hilft […] niemandem.

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch!)

[…] unsere Kinder sollen in einem gesunden Klima leben und nicht auf einem Berg voll Schulden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Generationengerechtigkeit bedeutet nämlich auch, Klima schützen, Schulden begrenzen, Wohlstand sichern. Wie geht das? Mit einer starken Wirtschaft […]. […] was uns wirklich ausbremst, […] ist […] allen längst bekannt. […] Jahre für Genehmigungen, Papier statt Digitales, Vorschriften über Vorschriften […].

Runter mit den Hürden, rauf mit dem Tempo! […] Was brauchen wir im Land? Stromleitungen, Speicher, Windkraft, Wasserstoffnetze, Schienen. […] Klimaschutz muss auch überall funktionieren. […] er muss vor allen Dingen nicht in Papieren und Strategien stehen.

[…] es klappt nur mit dem Klimaschutz, wenn wir Vertrauen bei den Menschen haben,

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

nicht alles regulieren, nicht alles verbieten, sondern zuhören, möglich machen und Freiräume schaffen. […]

[…] Ja zum Klimaschutz, Ja zur Generationengerechtigkeit und […] Ja zur Freiheit. […]

Falko Beitz, SPD

Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! […] Zukunft für nachfolgende Generationen zu sichern, das ist Kern der DNA der Sozialdemokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Richtig!)

Und die menschengemachte Erderhitzung ist die größte Bedrohung für soziale Gerechtigkeit und unsere Lebensgrundlagen, der sich die Menschheit je stellen musste. Als ich 1986 geboren wurde, war längst bekannt, CO_2 heizt unseren Planeten auf, […] fossile Brennstoffe zerstören unsere Lebensgrundlage. Und trotzdem, 39 Jahre später werden die Folgen noch immer geleugnet. […]

Unsere Aufgabe in der Politik ist klar, wir müssen Mehrheiten für das Notwendige gewinnen. […] Klimaschutz funktioniert nur mit den Menschen, nicht gegen sie. Wir brauchen Versorgungssicherheit mit bezahlbarer Energie und wir brauchen Beteiligung. […]

Mit dem neuen Beteiligungsgesetz wollen wir dafür sorgen, dass Menschen und Gemeinden vor Ort, die die Anlagen vor der Tür haben, noch besser direkt davon profitieren können. […]

Deutschland war Vorreiter bei der Energiewende, aber andere Nationen ziehen nach und holen auf. China baut erneuerbare Energien schneller aus als jedes andere Land.

(Stephan J. Reuken, AfD: Ach, komm!)

Selbst in den USA setzen Bundesstaaten wie Texas oder Kalifornien längst auf Wind und Sonne, und zwar nicht aufgrund ihrer Ideale, sondern weil es wirtschaftlich Sinn ergibt.

(Julian Barlen, SPD: Ja.)

Für Deutschland heißt eine erfolgreiche Energiewende auch Energieunabhängigkeit, und die bedeutet Freiheit, auch von autokratischen Regimen, die mit unserer Demokratie wenig bis nichts anfangen können.

[…] Die Internationale Energieagentur und auch das UBA haben gerade die Bedeutung des Verkehrssektors betont. In Mecklenburg-Vorpommern zeigen wir, dass Fortschritt hier möglich ist. Mehr Bahnangebote, Regiobuslinien, das Rufbussystem – Mobilität wird endlich auch in den kleinen Orten planbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Unsere Mobilitätsoffensive war ein Erfolg. Auch das ist Teil einer erfolgreichen Energiewende.

Und ja, es gibt Herausforderungen. Die Bauarbeiten auf der Bahnstrecke Berlin–Hamburg und das fehlende Engagement der Bahn werden uns belasten. Und ich appelliere an dieser Stelle an die Deutsche Bahn: Bietet echten, attraktiven Ersatzverkehr an! Sonst wandern die Menschen zurück ins Auto, und das wäre ein Rückschritt. Klar ist, wenn Klimafreundlichkeit heute teurer ist, als klimaschädliches Verhalten, verliert man die Menschen, und die Populisten gewinnen, und das auch dann, wenn die Folgekosten des Nichthandelns deutlich teurer sind.

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So ist das nämlich, genau!)

[…] Das Ziel muss […] sein, klimafreundliches Verhalten heute bereits zu belohnen und somit den Menschen dabei zu helfen, die notwendigen Schritte zu gehen.

Meine Damen und Herren, wir stehen politisch gesehen vor drei möglichen Wegen:

1. der technokratische Weg, richtig in der Theorie, aber ohne Rücksicht auf die soziale Realität […]

2. unser Weg mit Augenmaß, Überzeugung und Förderung […]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

3. der Weg der Leugnung und der Lüge, den wir entschieden ablehnen, […] denn dieser Weg gefährdet eine gute Zukunft für unsere Kinder […]. Energie muss bezahlbar bleiben.

Wir müssen Menschen helfen, ihre Häuser zu sanieren, Wärmepumpen zu installieren, mit Beratung und Förderung.

[…] Auch die Mieterinnen und Mieter müssen profitieren wie beim Balkonsolarprogramm. Ich bin überzeugt, für diesen Weg, sozial gerecht und zukunftsfähig, können wir die Menschen gewinnen. […]

Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem richtigen Weg. Wir verbinden Klimaschutz und Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. […]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

sonst wären wir im Land nicht so weit, wie wir sind. Und wir gehen diesen Weg weiter […].

Schutz für Frauen vor Gewalt

Anträge zu Frauenhäusern, der Istanbul-Konvention und Gewalthilfegesetz

Das im Februar verabschiedete Bundesgewalthilfegesetz verpflichtet die Länder, ab 2032 einen kostenfreien Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bei Gewaltbetroffenheit umzusetzen. Vor diesem Hintergrund thematisierten vier Anträge von fünf Fraktionen die Problematik häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen. So forderte die AfD ein Monitoring der Nutzung der Frauenhäuser, mehr Finanzen vom Bund und die Aufnahme von Müttern mit jugendlichen Söhnen in Frauenhäusern. Der Antrag von DIE LINKE und SPD verschaffte der Landesregierung „Rückenwind" bei der Umsetzung des Bundesgewalthilfegesetzes. Er beinhaltete Punkte wie das Ausführungsgesetz zum Gewalthilfegesetz, eine dauerhafte Bundesfinanzierung und eine elektronische Aufenthaltsüberwachung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ging es um mehr Plätze in barrierefreien Frauenhäusern sowie die Verfügbarkeit von Dolmetschern, Kinder- und Jugendberatern. Der FDP waren mehr Öffentlichkeitsarbeit, umfassende Prävention sowie eine Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention wichtig.

„Häusliche Gewalt ist eine bittere Realität", zeigte **Petra Federau** (AfD) auf. Die Plätze in Frauenhäusern als letzten Zufluchtsort reichten weder bundesweit noch in MV. Es werden im Land mehr Frauen abgewiesen als aufgenommen werden können. „Ein unhaltbarer Zustand", bilanzierte die Abgeordnete. 2023 fanden in den Frauenhäusern 63 Prozent Frauen ohne deutsche Staatsangehörigkeit Aufnahme und Hilfe. Damit seien diese „im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung sechsfach überrepräsentiert". Der durch die Migration entstandene Mangel an Kapazitäten in Frauenhäusern müsse „unbedingt" behoben werden – nicht zuletzt auch mit „deutlich mehr" Bundesfinanzen.

„Gewalt gegen Frauen ist Alltag in Deutschland" und wurde zu lange „als privates Schicksal" abgetan, verurteilte **Elke Annette-Schmidt** (DIE LINKE). Die Tendenz sei steigend, auch in MV. Das erfordere Konsequenzen, vor allem eine „gesamtgesellschaftliche Verantwortung", bekräftigte die Abgeordnete. Sie befürworte das Bundesgewalthilfegesetz, auf das sich das Land mit der Evaluierung der bestehenden Beratungs- und Hilfestrukturen vorbereitet habe. Darauf aufbauend werde bis Anfang 2026 eine Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention erarbeitet und dem Landtag bis 2027 als Ausführungsgesetz vorgelegt. Der Gemeinschaftsantrag von DIE LINKE und SPD sorge dabei für „Rückenwind".

Das Beratungs- und Hilfenetz habe über die Jahre „große Löcher" bekommen, illustrierte die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehlrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Situation. Mitarbeiter in Frauenhäusern träfen „unzumutbare" Entscheidungen, wenn es darum ginge, welche Frau „das eine freie Zimmer" bekomme. Laut Istanbul-Konvention müsste MV die Kapazitäten in Frauenhäusern „mindestens verdoppeln". Schutz vor Gewalt sei eine „staatliche Pflichtaufgabe". Keine Frau dürfe allein gelassen werden. Im Gewalthilfegesetz des Bundes sah die Abgeordnete einen „Paradigmenwechsel". Die Landesregierung könne den Ausbau der Frauenhäuser jetzt nicht mehr „verschlafen", damit der Rechtsanspruch ab 2032 auch garantiert sei.

„Es tut unendlich weh, über dieses Thema zu sprechen", zeigte sich **Barbara Becker-Hornickel** (FDP) betroffen. Angesichts von täglich 364 Frauen als Opfer von Partnerschaftsgewalt brauche es „umfassende Präventionsarbeit" sowie „genügend und ausfinanzierte Beratungsstellen". Die Abgeordnete schockiere, dass im Land ein „geeignetes Monitoringsystem" zu den Anfragen der Frauen nach einem Schutzplatz fehle. Es klinge wie in einem „Horrorfilm", wenn eine Frau nach jahrelanger Misshandlung von einem Frauenhaus abgewiesen werde und stelle eine „doppelte Demütigung" dar: Ihr werde nicht geholfen und sie könne ihrer Situation nicht entfliehen. Auch in MV sei dies traurige Wirklichkeit.

Die Tragweite des Themas sei nicht zu unterschätzen, betonte Justizministerin **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Sie verwies auf das bestehende Beratungs- und Hilfenetz im Land, dessen Finanzierung seit Beginn ihrer Amtszeit um mehr als ein Zehntel erhöht wurde. Ihr sei wichtig, dass „jeder Frau, jeder von Gewalt betroffenen Person" geholfen werde. Die Ministerin begrüßte das Gewalthilfegesetz des Bundes als „eine dauerhafte und bundesweite Lösung". Bereits im Mai 2024 habe die Landeskoordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ihre Arbeit begonnen. Sie erinnerte die Abgeordneten daran, dass sie den Haushaltsmitteln für eine Evaluation des Dritten Landesaktionsplans zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt zugestimmt haben und dessen Ergebnisse nun „Ausgangspunkt für weiteres Handeln" darstellten.

Christiane Berg (CDU) erkannte zwar Verbesserungen seit Deutschland die Istanbul-Konvention ratifiziert habe; aber der beste Schutz aller Betroffenen von Gewalttaten bleibe „der Dreiklang aus nützlicher Prävention, starkem Rechtsstaat und umfangreichen Befugnissen für die Strafverfolgung". Den AfD-Antrag lehne ihre Fraktion ab, da er das Problem auf die Migration reduziere. Beim Antrag der Regierungskoalition gefalle der CDU das Modell von Fußfesseln für Gewalttäter. Doch durch die Verwendung „linker Kampfbegriffe" reiche es nur für eine Enthaltung. Enthaltung gebe es auch für den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da die Finanzierungsquelle fehle. Dem Ansatz der FDP für ein Konzept zur Umsetzung der Istanbul-Konvention stimme die CDU zu.

Die Probleme lägen im Detail, erkannte **Prof. Dr. Robert Northoff** (SPD). Gleichwohl richteten sich die Anträge an verschiedene Ebenen und manches

Hintergrundinformationen zur Debatte:

Derzeit fehlen deutschlandweit mehr als 14.000 Frauenhausplätze, während die Zahl der von häuslicher Gewalt Betroffenen in den vergangenen fünf Jahren, auch in Mecklenburg-Vorpommern, stark angestiegen ist. Der Landtag beriet über die Umsetzung des neuen Gewalthilfegesetzes (GewHG) durch die Länder und damit über die kostenfreie Sicherstellung eines bedarfsgerechten, wohnortunabhängigen, niedrigschwelligen Zugangs zu Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Der individuelle Rechtsanspruch darauf soll ab 2032 gelten. An den entstehenden Kosten wird sich der Bund 2027 bis 2036 mit 2,6 Milliarden Euro beteiligen. Behinderungen, Migrations- und Fluchtbiographien, Geschlecht und Geschlechtsidentität, die sexuelle Orientierung sowie die besonderen Bedarfe von Kindern sind dabei insbesondere zu berücksichtigen. Das GewHG soll der Umsetzung der „Istanbul-Konvention" dienen, einem von Deutschland ratifizierten Übereinkommen des Europarates.

sei durch das Gewalthilfegesetz überholt. Er halte den FDP-Antrag für den „weitgehendsten" und stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, dass die großen Unterschiede der kommunalen Förderung für Frauenhäuser „merkwürdig" seien. Hinsichtlich des AfD-Antrags plädiere er für einen „Diskurs", da er in Frauenhäusern auch „Lernräume für Integration" sehe. Zu keinem dieser Anträge empfehle er eine Zustimmung. Zum Schluss regte der Abgeordnete an, „groß zu denken". Aus eigener Erfahrung wisse er, dass sich Präventionsarbeit und Beratung immer auszahle. Warum also solle es nicht „ein einheitliches Erwachsenenhilfegesetz" geben?

Petra Federau (AfD) freute, dass alle Fraktionen die Probleme anerkannten und auf Lösungen drangen. Sie mahnte an, die Ursachen der Überlastung von Frauenhäusern anzugehen. Denn diese Schutzhäuser dürften nicht zu „komfortablen Flüchtlingsunterkünften" werden; „dieses muss klar benannt werden". Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ignoriere dies und das lehne ihre Fraktion ab. Die FDP habe „richtige Ansätze", die aber „deutlich verbesserungsfähig" seien. Die AfD wolle Transparenz darüber herstellen, warum die Frauenhäuser am Limit seien. Sie wolle auch eine gerechte Verteilung der Lasten sowie eine gezielte Stärkung der Kapazitäten für die tatsächlich Schutzbedürftigen, einschließlich Frauen mit jugendlichen Söhnen.

Auch **Elke-Annette Schmidt** (DIE LINKE) hob die „generelle" Anerkennung des Handlungsbedarfs in der Debatte hervor. Allerdings bestünde durch die Evaluierung kein „Erkenntnisproblem", sondern die Ergebnisse müssen „jetzt ganz einfach" umgesetzt werden. Daran werde gearbeitet und darum brauche es zusätzliche Finanzen „im nicht unerheblichen Maße". Zudem ergeben sich mit dem Bundesgewalthilfegesetz weitere Verpflichtungen. Hier solle eine „strukturelle Überprüfung" nach Synergien im Beratungs- und Hilfenetz suchen. Hinsichtlich der Anträge von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wand sie ein, dass die Evaluierung die aufgemachten Forderungen enthalte. DIE LINKE lehne darum alle Anträge ab.

Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehlrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verurteilte den Versuch der AfD, Gewaltopfer gegeneinander auszuspielen. Frauen bestimmter Herkunft als „Belastungsfaktor" einzustufen, lehne ihre Fraktion samt Antrag ab. Die Regierungskoalition ermahnte die Abgeordnete, die Frauenhäuser „umgehend mit deutlich erhöhten Landesmitteln auszustatten". Allein auf den Bund zu verweisen, genüge nicht. Genauso wenig, wie die Verantwortung bis ins Jahr 2032 zu schieben. Auch gab die Abgeordnete zu bedenken, dass die elektronische Fußfessel kein „Allheilmittel" sei. Ihre Fraktion werde sich daher enthalten und der von der FDP vorgeschlagenen Strategie zustimmen.

Barbara Becker-Hornickel (FDP) dankte für die Diskussion zu einem Thema, das ihr schon „seit Monaten am Herzen liegt". Auch schätze sie die Einigkeit bei der notwendigen Stärkung der Beratungs- und Hilfsangebote für Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt. Sie wolle nochmal betonen, dass hier nicht gespart werden dürfe, aber auch ein Nachdenken zum Umgang der Gesellschaft mit dem Thema Gewalt anregen. Das Hauptproblem bliebe, dass die Täter männlich seien, unabhängig von Konfession und Ethik. „Dem sollten wir uns auch stellen", so die Abgeordnete. Ihre Fraktion lehne den AfD-Antrag ab, befürworte den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und enthalte sich beim „Schaufensterantrag" von DIE LINKE und SPD.
Der Antrag der AfD wurde lediglich vom Antragsteller und der fraktionslosen Abgeordneten gutgeheißen. Durch die Nein-Stimmen aller anderen Fraktionen wurde die Drucksache abgelehnt.
Der Gemeinschaftsantrag von DIE LINKE und SPD passierte das Parlament mit der Zustimmung der Antragsteller, während sich der Rest des Landtags enthielt.
Den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworteten der Antragsteller und die FDP. Die CDU enthielt sich. Mit den Gegenstimmen von DIE LINKE, SPD, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten wurde der Antrag abgelehnt.
Der FDP-Antrag erhielt das Votum vom Antragsteller selbst, der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. AfD und die fraktionslose Abgeordnete enthielten sich. Die Ablehnung von DIE LINKE und SPD verhinderte eine Annahme.

a) Antrag AfD
Drucksache 8/4517
Beschluss: Ablehnung des Antrages
in Verbindung mit:
b) Antrag DIE LINKE und SPD
Drucksache 8/4744
Beschluss: Annahme des Antrages
in Verbindung mit:
c) Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4627
Beschluss: Ablehnung des Antrages
in Verbindung mit:
d) Antrag FDP
Drucksache 8/4738
Beschluss: Ablehnung des Antrages

Erneuerung des Hochwasserschutzes an der Ostsee bei Lubmin *Foto: nordreport*

Hitzeschutzplan für MV

Antrag zu Hilfen für notwendige Anpassungen im öffentlichen Raum

Die Wissenschaft ist sich weitgehend einig, dass der Klimawandel voranschreiten wird und sich die Temperaturen weltweit erhöhen werden. Darunter werde auch die menschliche Gesundheit leiden, denn die Menschen würden sich nicht im nötigen Umfang und Zeitrahmen anpassen können. Die Menschen müssten sich also gegen die Hitze schützen. Die Landesregierung möchte sie dabei unterstützen.

Die Regierungsfraktionen von SPD und DIE LINKE haben die Landesregierung aufgefordert, noch in diesem Jahr einen Hitzeschutzplan für MV zu erarbeiten und zu veröffentlichen. So sollen die negativen Folgen der Klimaerwärmung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung vermindert werden, sagte **Christine Klingohr** (SPD). Anhaltend hohe Temperaturen könnten herausfordernd für Herz und Kreislauf sein. „Während großer Hitzeperioden zeigt sich schon jetzt regelmäßig ein deutlicher Anstieg der Sterbefälle."

Im Hitzeschutzplan soll die kommunale Ebene verstärkt angesprochen werden, sagte Klingohr. „Wir sind davon überzeugt, dass ein Hitzeschutzplan nur dann effektiv ist, wenn die Kommunen mit an Bord sind." Die kommunalen Gesundheitsämter seien alle mit in die Erarbeitung einbezogen. Allerdings zeigten Untersuchungen des Umweltbundesamts, dass in den Kommunen bislang lediglich ein geringes Risikobewusstsein beim Thema Hitze besteht. Deshalb würden mitunter keine Maßnahmen ergriffen, um Hitzeschutz zu etablieren. Zentraler Pfeiler des Systems sei das Hitzewarnsystem des Deutschen Wetterdienstes.

„Auch wenn die klimatischen Bedingungen in MV dank des maritimen Einflusses noch relativ aushaltbar sind, wird der Klimawandel vor unserer Haustür nicht Halt machen", sagte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD). Hitze zähle zu den größten Gefahren für die Gesundheit der Menschen. „Darauf wollen wir uns einstellen und vorbereiten." In manchen Betrieben und Einrichtungen gebe es schon heute erste Regelungen zum Umgang mit der Wärme. Allerdings gebe es Personen, die wegen ihrer Risikofaktoren besonders gefährdet sind und die stationär untergebracht sind. „Dazu gehören beispielsweise Pflegeheimbewohner, akut Erkrankte, aber auch Kinder."

Erst allmählich würden solche zielgruppen-angepasste Konzepte entwickelt, und nicht alle Bevölkerungsgruppen würden im Internet auf der Suche nach Tipps und Tricks im Umgang mit der Wärme fündig. „Oberstes Ziel ist es, gesundheitliche Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten, auch wenn sich unser Klima ändert." Im Landeshitzeschutzplan werde auf koordinierte Aktivitäten zur Prävention, auf Handlungsempfehlung und Maßnahmen für nahezu alle Lebensbereiche gesetzt. Die Kommunen wüssten, wo sich Wärmeinseln mit bis zu zehn Grad höheren Temperaturen bilden können.

Horst Förster (AfD) stellte die Frage nach den Grenzen staatlicher Fürsorge und der Grenze zur Bevormundung. Die Menschen in Mitteleuropa seien seit Urzeiten sesshaft, hätten sich dem hiesigen Klima mit all seinen Facetten angepasst und würden das auch weiterhin tun. „Brauchen wir ernsthaft einen Staatsplan, um mit heißen Sommertagen zurechtzukommen?" Förster erinnerte daran, dass jedes Jahr Hunderttausende in südliche Länder in den Urlaub fahren, um sich dort grillen zu lassen und sich den Gefahren einer Krebserkrankung oder anderen Folgeerkrankungen auszusetzen. Dabei würden sie keiner staatlichen Beratungspflicht unterliegen.

Für die Bewältigung von heftigeren Hitzeperioden in MV würden keine Hitzeaktionspläne gebraucht. „Dafür reicht der gesunde Menschenverstand, so der noch vorhanden ist, vollkommen aus“, erklärte Förster. Er wies auf die Empfehlungen des Bundesgesundheitsministeriums für Hitze hin. Die dort erteilten Ratschläge würden sich jedem verständigen Bürger, jedem Betreiber einer Klinik oder einer sonstigen Einrichtung wie Kindergärten von alleine erschließen. Zudem gebe es ganz andere gesundheitliche Probleme für die Menschen. Förster erinnerte an die Fettleibigkeit und Unsportlichkeit. „Dann hängen sie auch ein Schild an die Aufzüge und predigen, dass jeder, der noch gehen kann, nicht die Aufzüge benutzt und sich ein bisschen bewegt und die Treppen läuft.“

„Einen Hitzeschutzaktionsplan braucht man, den Antrag braucht kein Mensch“, betonte **Katy Hoffmeister** (CDU). Sie verwies darauf, dass Ministerin Drese im Juni 2024 selbst verkündet habe, das MV einen Landeshitzeschutzplan erarbeite. „Was um alles in der Welt brauchen Sie dann jetzt noch diesen Antrag?“ Sie hätte sich gerne mit den Regierungsfraktionen über die Frage, wie präventiv ein Landeshitzeschutzplan sein kann oder wie die vulnerablen Gruppen besser aufgeklärt und damit geschützt werden können. Gesprächsstoff wäre auch die künftige Bauplanung unter Berücksichtigung von Hitzeschutzsituationen gewesen. „Aber dass ich mit Ihnen darüber diskutieren soll, ob Sie überhaupt einen Plan erarbeiten sollen – da fällt mir nichts zu ein“, sagte Hoffmeister.

„Diesen Antrag braucht man eben doch. Der beste Beweis ist die Diskussion um diesen Antrag“, antwortete **Torsten Koplin** (DIE LINKE). Er griff auch die AfD an, die seiner Meinung nach die Dimension des Problems verkenne und versuche, das Thema ins Lächerliche zu ziehen. Koplin machte anhand von Zitaten aus der Literatur und Zeitungsberichten die Dimension des Klimawandels und den zu erwartenden Temperatursteigerungen deutlich. So seien in diesem Jahrhundert eine Temperatursteigerung im Durchschnitt von zwei Grad und bis über das nächste Jahrhundert hinaus von bis zu acht Grad zu erwarten.

Ab einer Steigerung von zwei Grad seien tödliche Hitzewellen wahrscheinlich und ab fünf Grad werde ein Großteil der Erde unbewohnbar. „Das ist die globale Dimension“, sagte Koplin. In Deutschland seien im Jahr 2022 rund 4500 Menschen nachweislich durch Hitze gestorben. Gleichzeitig würde die Zahl der Menschen mit Allergien steigen. Anders als viele glauben, passten sich Menschen nicht den Temperaturveränderungen an. „Was wir dann machen können, ist präventiv zu handeln“, betonte Koplin.

Der Ansatz des Antrags, die Landesregierung aufzufordern, einen Hitzeschutzplan für MV zu erstellen, ist nach Ansicht von **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) falsch. „Der richtige Ansatz wäre doch: Das Land ermöglicht und unterstützt kraftvoll, damit die Kommunen passgenaue Pläne vor Ort entwickeln können.“ Er bezog sich dabei auf einen Beschluss der Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister, nach dem Hitzeschutzpläne primär von den Kommunen und betroffenen Institutionen unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten und Spezifika zu erstellen sind.

Nur ein Hitzeschutzplan für das ganze Land sei jedoch gefährlich. „Die Küstenstadt Rostock braucht andere Maßnahmen als ein Pflegeheim in der Mecklenburgischen Seenplatte“, sagte Damm. Zudem vermisse er im Antrag die notwendige Anpassung der Verhältnisse an die zunehmende Hitze. Dazu gehörten mehr öffentliche Wasserspender, kühle grüne Oasen, Ruhezonen in Städten oder Wasserrückhalte. „Wir fordern konkrete finanzielle und beratende Unterstützung für die Kommunen bei der Erstellung eigener Hitzeschutzpläne“, betonte er.

David Wulff (FDP) forderte mehr Eigenverantwortung von den Bürgerinnen und Bürgern. „Es bleibt uns nicht erspart, das Thema Resilienz und Selbstschutzfähigkeit in der breiten Bevölkerung zu ermöglichen.“ Denn die meisten Menschen könnten durch staatliches Handeln nicht erreicht werden. Allerdings hätten bereits Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen umfangreiche Handreichungen, wie sie bei Situationen mit extremer Hitze umzugehen haben. Die Gesundheitsvorsorge gerade bei diesen vulnerablen Gruppen sei weiter, als das hier in der Diskussion suggeriert werde.

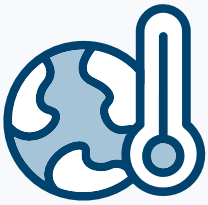
Es bringe jedoch nichts, den Hitzeschutzplan nur im Gesundheitsministerium anzusiedeln. Die Kommunen müssten viel stärker eingebunden werden, sagte Wulff. Das betreffe das Thema Bauen und wie die Klimatisierung in Schulen, Kitas oder öffentlichen Gebäuden gestaltet wird. Es müsse aber auch über den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sowie die Gestaltung öffentlicher Räume nachgedacht werden.

Der Antrag der Regierungsfraktionen wurde mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE, Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Teilen der FDP, ansonsten Gegenstimmen angenommen

Antrag von SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/4742

Hintergrundinformationen zur Debatte:

Worum geht es beim gesundheitsbezogenen Hitzeschutzplan?



Das Ziel eines Hitzeschutzplanes ist es, die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere hinsichtlich Hitze und UV-Strahlung zu vermindern. Eine Hitzeschutzplanung fasst Maßnahmen und Schritte zusammen, die helfen, hitzebedingte Gesundheitsrisiken zu vermeiden oder zu reduzieren.

Smartphones in der Schule - aktuell gibt es unterschiedliche Regelungen an den Bildungseinrichtungen. *Foto: shutterstock / BearFotos*

Debatte über Smartphones im Klassenraum

Anträge zur Nutzung und Verbot mobiler Endgeräte an den Schulen

Handys im Unterricht sind eine kontrovers diskutierte Problematik. Hierzu behandelte der Landtag in verbundener Debatte die Drucksachen von AfD und FDP sowie eine Aussprache auf Antrag der CDU. Die AfD schlug vor, mobile Telefone und Smartwatches von Schülern bis zur Klassenstufe 6 während des Unterrichts wegzuschließen. Zusätzlich forderte sie Lehrerfortbildungen zum Internetmobbing und Datenmissbrauch. Fort- und Medienbildung wollte auch die FDP. Sie plädierte jedoch für eigenverantwortliche und flexible Regelungen zur Smartphonenutzung an den Schulen. Die CDU initiierte ihre Aussprache in Vorbereitung der im Bildungsausschuss beschlossenen Expertenanhörung. Der Austausch im Parlament bildete einen Ausgangspunkt für die weitere, breite Diskussion.

Ein Handyverbot an Schulen werde deutschlandweit diskutiert, argumentierte **Enrico Schult** (AfD). Obwohl gleich drei Fraktionen zur Debatte beitrügen, lege nur die AfD „eine konkrete Forderung" vor: Bis Klassenstufe 6 werden die Telefone morgens abgegeben und nachmittags wieder ausgeteilt. Ab Klasse 7 treffen die Schulen eigene Regelungen. Würde das Parlament sich jetzt einigen, könnte eine Landesverordnung zum kommenden Schuljahr greifen. „Wir brauchen keine Endlos-Debattenrunden und Expertenanhörung", befand der Abgeordnete und stellte sich die Schule als „Handy-freie Zone" vor. Die negativen Auswirkungen des Handykonsums seien belegt und durch Lehrer adressiert. Andere Länder und Bundesländer hätten das Handy bereits aus dem Unterricht verbannt.

Barbara Becker-Hornickel (FDP) schlug vor, „der Realität ins Auge [zu] schauen": Smartphones sind „selbstverständlicher Teil des Alltags". Schulen haben den Auftrag, junge Menschen auf die Zukunft vorzubereiten; und diese werde digital sein. Darum müsse auch im Unterricht die „Mediennutzungs- und Urteilskompetenz" als eine „zentrale Querschnittsaufgabe moderner Bildung" gestärkt werden. Ein „pauschales Handyverbot" verschiebe die Probleme ins Private, gab die Abgeordnete zu bedenken. Darum verteidige die FDP die Entscheidungsfreiheit der Schulen. Ihre Fraktion fordere auch „pädagogische Konzepte für den digitalen Raum" mit wissenschaftlicher Begleitung, die herausarbeite, welche Ansätze beim Umgang mit Smartphones „wirklich wirksam sind".

Die Debatte der Handynutzung laufe schon länger und auf vielen Ebenen, führte der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** (CDU) ins Feld. Darum sei seine Fraktion nicht für „Schnellschüsse", sondern rege einen „breiten gesellschaftlichen Diskurs" an. Dieser wurde im Bildungsausschuss mit der Einberufung eines Expertengesprächs angestoßen und sollte abgewartet werden. Denn es ginge auch um die „viel tiefergehende Frage", wie unsere Kinder mit der digitalen Welt umgingen und ihnen „gleichzeitig eine gesunde, konzentrierte und soziale Schulzeit [zu] ermöglichen". Dafür müssen auch die „Schattenseiten" der Sozialen Medien-Nutzung wie Cybermobbing angesprochen werden. Ziel solle zudem eine „einheitliche Regel für alle Schulen" sein.

Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) zitierte Experten, die „keinen nachweisbaren Effekt von Handyverboten auf die Lernleistung" ausmachten. Darum sollten digitale Endgeräte nicht „komplett verboten werden". Ähnlich wie im FDP-Antrag sprächen sich Landeselternrat, Landesschülerrat und Schulleitervereinigungen für schulinterne Regelungen aus. „Und genauso wird es bereits gemacht", unterstrich die Ministerin und bekräftigte, dass es so auch bleiben solle. MV sei nicht nur

das einzige Bundesland mit dem Unterrichtsfach Medienbildung ab Klasse 5, sondern auch mit Medienbildungskonzepten an allen 499 Schulen. Die geforderten Weiterbildungen werden durch das „breite Portfolio" des Instituts für Qualitätsentwicklung und des Medienpädagogischen Zentrums sichergestellt und intensiv genutzt.

In MV gebe es zwar keine einheitlichen, aber funktionierende Regelungen, bestätigte **Andreas Butzki** (SPD) die Ausführungen der Ministerin. Trotzdem habe sich der Bildungsausschuss zu einer „großen öffentlichen Anhörung" entschlossen. Daher sei es ihm „unverständlich", dass heute zwei Anträge vorlägen. Denn bei dieser Thematik existierten nicht die eine, sondern viele Meinungen. „Die Kunst" werde sein, „einen Antrag zu erstellen, hinter dem sich möglichst viele versammeln können", beschrieb der Abgeordnete die zu erwartende Schwierigkeit. Auf keinen Fall sollten jetzt schon Beschlüsse gefasst werden. Dafür gebe es zu viele offene Fragen. Seine Fraktion wolle die Expertenanhörung abwarten und dann einen Vorschlag ausarbeiten. Die heutigen Anträge lehne sie ab.

Digitale Endgeräte gehörten zum Leben unserer Kinder und seien nicht mehr wegzudenken, hielt **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fest. Dennoch müsse über die Risiken gesprochen werden. Eine „aktive Medienbildung" und die Auseinandersetzung mit den Folgen der Handynutzung sind wichtige Aspekte. Dafür brauchen Lehrkräfte „Zeit für gute Fortbildungen und ein Medienbildungskonzept". Ein pauschales Verbot sei „spätestens" ab Klasse 5 „weder alters- noch zeitgemäß". Darum lehne ihre Fraktion den AfD-Antrag ab. Zumal Schulen allein das Problem nicht lösen werden können. Hier regte die Abgeordnete die „wirksame Regulierung von Social Media" und „verbindliche Verantwortlichkeiten der Anbieter" an. Der FDP-Antrag enthalte gute Gedanken und deshalb stimme ihre Fraktion zu.

„Das Smartphone ist ein ständiger Begleiter im Alltag - das ist ein Fakt", stand für die Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) fest, genauso wie die Probleme übermäßiger Smartphonenutzung „keine abstrakten Phänomene" darstellten. Die AfD-Forderung eines generellen Verbots ignoriere „die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen". Hingegen begrüße DIE LINKE viele Punkte in dem „ausgewogenen" FDP-Antrag. „Vieles davon wird bereits gemacht", bestätigte die Abgeordnete. Die Schulen haben im Rahmen der Medienbildungskonzepte und im Sinne der Schulautonomie Konzepte zum Umgang mit Smartphones entwickelt. DIE LINKE wolle keine „vorschnellen Beschlüsse fassen" und „die Expertise der Fachwelt hören". Darum lehne sie heute die Anträge ab.

Enrico Schult (AfD) berichtete, dass die AfD-Fraktion im hessischen Landtag einen ähnlichen Antrag gestellt habe, der abgelehnt wurde. Mittlerweile erarbeite das Bildungsministerium in Hessen einen Gesetzentwurf. Er vermute, so werde es auch in MV passieren. Darum sage seine Fraktion, es müssen nicht „irgendwelche Pirouetten" gedreht oder Expertenrunden einberufen werden, denn „die Dinge liegen auf der Hand". Daher halte die AfD ihre Forderung aufrecht: bis zur sechsten Klasse keine Handys im Unterricht oder auf dem Schulhof. Lehrer aus Schwerin hätten ihm bestätigt, dass sie sich eine „klare Regelung" des Bildungsministeriums wünschten. Dann wären die Schulleiter auch in der Argumentation gegenüber den Eltern „deutlich besser aufgestellt".

Barbara Becker-Hornickel (FDP) wies die Kritik zur Einbringung des Antrages zurück. Ihre Fraktion habe sowohl der Anhörung zugestimmt, behalte sich aber auch das Recht vor, Anträge zu stellen, ohne „um Erlaubnis zu fragen". Die Abgeordnete befürwortete, Kindern ein Mitspracherecht einzuräumen, so wie in den Schulkonferenzen. Das sei „genau der richtige Weg", wenn Schüler und Lehrer ihre Regeln aushandelten. Natürlich gebe es die „Schattenseiten" der digitalen Medien. Diese einzugrenzen und Kinder und Jugendliche zu befähigen, sie zu erkennen und „auf die Lichtseite zu kommen" – darum gehe es und „das sollte uns jede Diskussion wert sein", vertrat die Abgeordnete. Darum trage ihre Fraktion den AfD-Antrag nicht mit, denn sie halte „schlicht und einfach" nichts von Verboten.

Seine Fraktion habe „ganz bewusst" die Aussprache als „Dialog über Handyverbot an Schulen starten" betitelt, erklärte **Torsten Renz** (CDU). Es gehe darum, „einen ergebnisoffenen Prozess" zu starten, „und zwar gemeinsam". Darum sei das Expertengespräch angesetzt worden. FDP und AfD hätten mit den Anträgen auch anders umgehen können, befand der Abgeordnete. Das Vorgehen des Bildungsministeriums hingegen verurteilte Torsten Renz als „eine politische Frechheit". Denn einen Tag nach der Sitzung des Bildungsausschusses, erklärte das Ministerium in einer Pressemitteilung, dass es bereits an Empfehlungen arbeite. Der Abgeordnete verband mit der bevorstehenden Entscheidungsfindung die Hoffnung, dass daraus eine „Signalwirkung" entstehe, um die Nutzung digitaler Medien und Endgeräte „gesamtgesellschaftlich" zu hinterfragen. Er richtete an die AfD, ihre Position noch einmal zu überdenken.

Mit den alleinigen Ja-Stimmen des Antragstellers und sonstiger Ablehnung wurde der AfD-Antrag verworfen.

Für die FDP-Drucksache stimmten der Antragsteller und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Alle anderen Fraktionen lehnten ab und somit wurde auch der Antrag abgelehnt.

a) Antrag AfD
Drucksache 8/4746
Beschluss:
Ablehnung des Antrages

in Verbindung mit:
b) Aussprache auf Antrag der CDU
Es fand eine Aussprache statt.

in Verbindung mit:
c) Antrag der FDP
Drucksache 8/4739
Beschluss:
Ablehnung des Antrages

Wege zur Stärkung der Demokratie

Antrag zur Demokratieförderung und Zivilgesellschaft

Wie kann die Demokratie gestärkt werden, wer ist dafür verantwortlich und wer führt die entsprechenden Maßnahmen durch? Solche Fragen wurden deutschlandweit diskutiert, nachdem die kleine Anfrage der CDU im Deutschen Bundestag kurz vor der Bundestagswahl zur politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen bekannt wurde. Auch im Landtag wurde die 551 Fragen umfassende Anfrage thematisiert. Wie im Bundestag prallten auch hier die gegenseitigen Meinungen aufeinander.

Die kleine Anfrage der CDU-Bundestagsfraktion zur „politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen" wenige Tage vor der Bundestagswahl an die rot-grüne Bundesregierung hat auch im Landtag zu einer Konfrontation geführt. Dies sei ein Frontalangriff auf eine Zivilgesellschaft, die sich für Demokratie und Menschenrechte stark macht, sagte **Michael Noetzel** (DIE LINKE) zur Begründung eines gemeinsamen Antrags der Regierungsfraktionen. „Diesen Frontalangriff können wir nicht unbeantwortet lassen. Denn diese Attacke auf eine wesentliche Stütze unseres demokratischen Gemeinwesens findet Nachahmer und Trittbrettfahrer."

Noetzel stellte klar: „Wir stehen fest an der Seite der vielen demokratiefördernden, menschenrechtsschützenden und antifaschistischen Initiativen hier im Land." Es gehe der Bundes-CDU mit der 551 Fragen umfassenden Anfrage zur Finanzierung und Gemeinnützigkeit von Nichtregierungsorganisationen (NGO) nicht um Transparenz, sondern um das Signal der Macht und um Rache. Die CDU habe im Bundestag zuvor ein historisches Versprechen gebrochen. „Die CDU hat den Faschisten die Hand gereicht und tat ganz erschrocken, als sie innig von diesen umarmt wurde", erklärte Noetzel.

Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD) betonte, dass das Engagement für die Demokratie in der Fläche und den vielen Gemeinden in MV nicht staatlich verordnet sei. „Es kommt aus der Mitte der Gesellschaft von Menschen, die sich einbringen in ihrer Freizeit, die mit Initiativen und mit Diskussionsbereitschaft für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sorgen." Die Landesregierung verwahre sich ausdrücklich dagegen, diese Bürgerinnen und Bürger, die sich vor Ort für das Gemeinwohl und das Zusammenleben engagieren, unter Generalverdacht zu stellen. „Wir werden diesen perfiden Versuch, zivilgesellschaftliches Engagement mundtot zu machen, nicht mitmachen."

Der Angriff auf dieses Engagement komme unter dem Deckmäntelchen juristischer Korrektheit daher. Dafür werde nun das gern zitierte Neutralitätsgebot herangezogen, das für staatliche Hoheitsträger gelte, sagte Martin. „Doch mit dieser Neutralität ist ausdrücklich nicht Werteneutralität gemeint." Das Grundgesetz formuliere ganz vorne spezifische Werte wie die Menschenwürde und das Demokratieprinzip. Diesen Werten seien nicht nur staatliche Hoheitsträger, sondern selbstverständlich auch Zuwendungsträger verpflichtet.

„Was uns hier als Beitrag zur Demokratie verkauft wird, ist in Wahrheit ein verkleidetes Machtsicherungsprogramm der Altparteien", erklärte der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer**. Es gehe nicht um Teilhabe, Vielfalt oder offene Diskurse. „Es geht um die Verteidigung linker Hegemonie im öffentlichen Raum." SPD und DIE LINKE würden in ihrem Antrag so tun, als sei ihr Begriff von Zivilgesellschaft werteneutral, als handele es sich um ein bürgerschaftliches Ideal jenseits ideologischer Gräben und Differenzen. Dahinter stecke jedoch die klare Motivation, konservative Meinungen aus dem Diskursspektrum auszuschließen.

Dass die Regierungsfraktionen den lebendigen Diskurs beschwören, ist nach Ansicht Kramers eine Farce. „Seit Jahren verweigern Sie sich doch diesem Diskurs." So würden in Foren AfD-Vertreter explizit ausgeschlossen, es gebe Absprachen und Hinterzimmer-Klüngelei nur innerhalb der eigenen Blase. Dazu käme die Verweigerungshaltung gegenüber den zentralen Herausforderungen bei der Migration sowie der Wirtschafts- oder Energiepolitik. „Sie wollen keinen lebendigen Diskurs, sondern ideologische Hygiene betreiben, um sich nicht mit den echten Problemen der Menschen da draußen auseinandersetzen zu müssen", betonte Kramer.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** kritisierte DIE LINKE, die sich nach der Bundestagswahl nicht nur bei ihren Wählern, sondern auch bei der Antifa in Rostock bedankt habe. Peters bezeichnete die Antifa als Gewalttäter, die sich offen zu materieller Gewalt gegenüber Plakaten und demokratischen Kräften bekannt hätten. „Das spricht doch Bände." Peters brachte gegenüber Ministerin Martin seine Verwunderung zum Ausdruck. „Dass Sie als Wissenschaftsministerin das parlamentarische Fragerecht als Angriff interpretieren, ist ich sag es mal ganz vorsichtig, auf mehreren Ebenen fragwürdig."

Peters verwies darauf, dass aktuell auf europäischer Ebene die Mittelzuweisung für NGO ganz massiv diskutiert wird. Offensichtlich bestünden erhebliche Fragezeichen bei deren Finanzierung. Man wisse nicht einmal, wer wirklich Geld bekommt, wofür das Geld ausgegeben wird, und es gebe Hinweise darauf, dass Lobbyarbeit finanziert wird, sagte der CDU-Politiker. „Das können die gerne tun, aber ohne Steuergelder." Die 551 Fragen seien wichtig, damit geltendes Recht auch in Zukunft umgesetzt werden kann.

Die plurale Demokratie lebe vom Engagement der Menschen, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. „Wer sich gegen Rechtsextremismus, wer sich gegen Antisemitismus, wer

Videos der Debatten des Landtages

Erleben Sie die Debatten aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern als Video-Mitschnitt.

Etwa einmal monatlich tritt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu mehrtägigen öffentlichen Plenarsitzungen zusammen. Hier können Sie sich die Debatten und Abstimmungen ansehen:

sich gegen Diskriminierung, wer sich gegen Angriffe auf die Menschenwürde engagiert, der ist kein Störenfried, sondern Demokratin oder Demokrat." Sie dürften nicht in ein schlechtes Licht gerückt werden, nur weil es denen nicht passt, die sie kritisieren. Barlen zeigte sich verärgert darüber, dass die CDU/CSU-Fraktion aus offenkundigem Verdruss darüber, kritisiert worden zu sein, mit den 551 Fragen versuche, solche zivilgesellschaftlichen Organisationen in ein illegitimes Licht zu rücken.

Barlen machte deutlich, dass er nicht kritisiere, dass die Opposition Gebrauch von ihren Rechten mache und kleine Anfragen stelle. „Wir kritisieren, mit welcher Absicht und mit welcher Zielgerichtetheit das geschieht." Mit der CDU/CSU-Anfrage sollten die NGO in Misskredit gebracht und ihnen die Redlichkeit abgesprochen werden. „Das ist ein durchschaubares Spiel." Wer den kritischen Diskurs stören oder zerstören will, der sät Misstrauen gegen jene, die sich für einen vielfältigen, respektvollen und toleranten Umgang einsetzen. Da sei die SPD-Fraktion ganz klar: „Das machen wir nicht mit."

Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehlrich**, kritisierte, dass mit der kleinen Anfrage versucht worden sei, die gelebte Demokratie zu diskreditieren. Es gehe in der Anfrage darum, Vereine und Initiativen, die sich politisch äußern, einzuschüchtern. Sie würden in eine Position gedrängt, dass sie sich für ihre völlig legitimen Aktivitäten rechtfertigen müssen. Oehlrich sagte in Richtung der NGO: „Wir lassen die vielfältige, lebendige Zivilgesellschaft in unserem Land nicht im Stich. Wir wollen, dass Ihr Euch weiter engagiert."

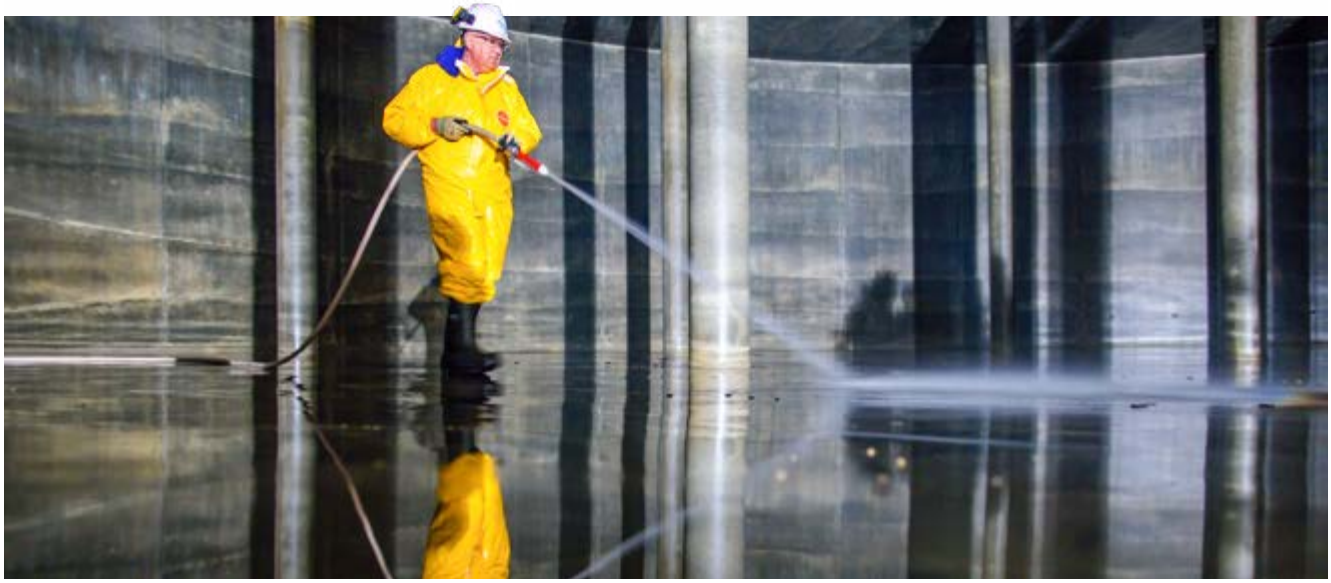
Oehlrich forderte Klarstellungen, damit sich Vereine für Menschenrechte, Demokratie und Umweltschutz einsetzen können, ohne durch bürokratische Diskussionen mit dem Finanzamt gebremst zu werden. „Dafür ist die Bundesebene zuständig." Der Bund müsse seine Möglichkeiten nutzen, wichtiges zivilgesellschaftliches Engagement dauerhaft abzusichern. Aber es reiche nicht, auf den Bund zu zeigen. Das Engagement zahlreicher Vereine werde erschwert, weil sie nicht langfristig planen können und die Finanzierung projektabhängig und befristet ist. „Deswegen brauchen wir ein Landesdemokratiefördergesetz."

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**, stellte infrage, ob die Regierungsfraktionen mit ihrem Antrag der Demokratie einen Gefallen tun. „Die Neutralität des Staates ist einer der Grundpfeiler unserer Demokratie. Der Staat muss neutral agieren, wenn er Organisationen fördert." Er dürfe keine politische Schlagseite bekommen, indem er ausschließlich bestimmten zivilgesellschaftlichen Gruppen Unterstützung zukommen lässt. „Der Staat darf durch seine Förderpraxis gar nicht erst ein Ungleichgewicht schaffen. Ein Ungleichgewicht würde nämlich die Demokratie nicht stärken, sondern deutlich schwächen", betonte Domke.

Die FDP stünde für die Förderung demokratischer Strukturen und die Vermittlung demokratischer Werte. „Aber wir lehnen es ab, wenn diese Förderung in eine indirekte staatliche Bevormundung der Zivilgesellschaft ausartet." Projekte dürften nicht nach politischer Opportunität gefördert werden, sie müssten sich an klaren überparteilichen Kriterien orientieren. „Demokratie lebt von einer aktiven Bürgergesellschaft, nicht von staatlich vorgegebenen Narrativen", betonte Domke.

Der Antrag der Regierungsfraktionen wurde bei Zustimmung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Gegenstimmen der anderen Fraktionen angenommen.

Antrag von SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/4743



Reinigungsarbeiten in einem Wasserspeicher bei Rostock *Foto: nordreport*

Trinkwasser ohne Schadstoffe

Integriertes Wassermanagement für den Grundwasserschutz gefordert

Wasser sei Teil unserer Identität im Nordosten und Grundlage allen Lebens, hob BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hervor. Doch stark erhöhte Nitratwerte oder andere Schadstoffe im Grundwasser gefährdeten diese Ressource. Mit einem 10-Punkte-Katalog forderte die Fraktion die Landesregierung zum Handeln auf. Besonders ging es um die Umsetzung längst überfälliger Gesetze und ein integriertes Wassermanagement. Keine der anderen Fraktionen teilte die Ansicht des Antragstellers.

An mehr als einem Drittel der Messstellen im Land werde der Grenzwert für Nitrat im Grundwasser überschritten, warnte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Der Spitzenwert liege „15-fach" über der Norm. Dies sei eine Folge der landwirtschaftlichen Schadstoffbelastung, verdeutlichte der Abgeordnete. Die Landesregierung reagiere stets mit Ankündigungen für Gesetzesinitiativen, „doch Ankündigungen schützen kein Wasser". Es brauche ein „integriertes Wassermanagement" für eine „ganzheitliche" Betrachtung von Wasser. Denn Schadstoffe, zunehmende Trockenperioden und der schlechte Gewässerzustand ließen sich nicht „isoliert" betrachten. Darum fordere seine Fraktion neben der Novelle des Landeswassergesetzes auch die Erweiterung des Trinkwasserkonzepts sowie die Umsetzung der europäischen Wasserrichtlinien und Unterstützung beim kommunalen Wassermanagement. Gewässerschutz sei kein „lästiges Beiwerk", so Dr. Terpe, sondern „zentrales Ziel" einer zukunftsfähigen Landwirtschaftspolitik.

„Klimaschutz, Artenschutz, sauberes Wasser, gesunde Ernährung – sind die Grundlagen der Politik" im Land, bekräftigte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. In MV sei das Wasser aus dem Hahn „vollständig" als Trinkwasser nutzbar. „Das ist ein Geschenk des Landes, der Natur und am Ende auch derjenigen, die dieses jeden Tag gewährleisten", hob der Minister hervor. Die Verfügbarkeit des Oberflächenwassers sei gut, da im Winter genug Wasser gespeichert werde. Der Klimawandel führe aber dazu, dass es im Winter zu viel Niederschlag gebe und im Frühjahr zu wenig. Darum werde versucht, das Wasser so lange wie möglich in der Fläche zu halten. Bei den Gesetzesvorhaben oder der Umsetzung der EU-Richtlinien befinde man sich auf einem „vernünftigen Weg". Das Landeswasser- und Küstenschutzgesetz sowie die Trinkwasserkonzeption seien fertig, die Wasserstrategie des Landes werde gerade erarbeitet. Endlich gebe es auch eine Vereinbarung mit dem Bauernverband und den Wasserversorgern. Diese Kooperation hielt der Minister für wichtig und wies eine Stigmatisierung der Landwirtschaft zurück.

Er stimme dem Minister weitestgehend zu, stieg **Jens Schulze-Wiehenbrauck** (AfD) in die Debatte ein. Darum betrachte seine Fraktion den Antrag als „überflüssig". Er schüre „Panik" in einem Land, das keine Trinkwasserprobleme habe. Die aufgestellten Forderungen seien in der Umsetzung, das verfolge er „sehr intensiv". Der Abgeordnete stellte sich gegen die Wiedervernässung von Moorgrünland in Größenordnungen. Diese Praxis genauso wie Solarparks auf landwirtschaftlicher Nutzfläche „vernichten" wertvolle Böden. Jens Schulze-Wiehenbrauck erachtete es als vorrangig, den guten Zustand des Trinkwassers zu erhalten. Die entsprechenden Gesetzesvorlagen seien unterwegs. Er plädierte auch für die Beibehaltung der kostenlosen Entnahme von Wasser aus öffentlichen Gewässern für die landwirtschaftliche Beregnung. Dies halte das Wasser in der Fläche und trage zum Wassermanagement bei.

Er hätte es sich als Oppositionspolitiker nicht träumen lassen, die Landesregierung zu loben, gab **Thomas Diener** (CDU) offen zu. Er bestätigte, dass die Versorgung mit Trinkwasser „in aus-

reichender Menge und ausreichender Qualität" sichergestellt sei und auch in Zukunft sein werde. Natürlich habe es in der Vergangenheit „unterschiedliche Perspektiven" zur Nitratrichtlinie gegeben, aber es wurde eine „deutliche Verbesserung" erreicht. Auch Thomas Diener verwies auf die laufende Überarbeitung von Gesetzen. Als kritikwürdig beurteilte er den Ausbau erneuerbarer Energien. Dies stehe Bemühungen von Bund und Ländern entgegen, die Flächenversiegelung zu minimieren. Er finde es schwierig, bei Energieanlagen von einem „guten Verbrauch von Böden" zu sprechen, aber bei Infrastruktur von einem „schlechten". BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe einen „Schaufensterantrag" ohne Handlungsbedarf vorgelegt, fasste der Abgeordnete zusammen.

Das Thema Wasser „immer wieder ins Bewusstsein zu rufen", hielt **Daniel Seiffert** (DIE LINKE) „auf jeden Fall [für] richtig". Denn es bilde sich tendenziell zu wenig Grundwasser. „Das sollte uns zu denken geben", auch wenn die Situation momentan noch gut sei. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN komme aus Sicht von Daniel Seiffert allerdings „zu spät und gleichzeitig zu früh". Zu spät, da das Landeswasser- und Küstenschutzgesetz in Arbeit sei. Die Forderung „unverzüglich diesen Gesetzentwurf vorzulegen" würde bedeuten, das Verfahren zu unterbrechen. Zudem laufe gerade die Beteiligung der Verbände. Angesichts bestehender Zeitpläne komme der Antragsteller also zu früh, denn die Beratung im Parlament werde folgen. Die Regierungskoalition sei stolz darauf, das Gesetz nach „vielen Anläufen" endlich in Angriff genommen zu haben. „Wasser ist wichtig. Wir haben das auf dem Schirm. Ich hoffe, Sie auch.", richtete der Abgeordnete abschließend an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sandy van Baal (FDP) hatte einen ähnlichen Vergleich wie ihr Vorredner: „Der Antrag der Grünen greift einerseits zu kurz und gleichzeitig zu weit." Zu kurz, weil er „die Realität im Land ausblendet". Vor drei Wochen unterzeichneten der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, die Kooperationsgemeinschaft Wasser und Abwasser MV sowie der Bauernverband eine freiwillige Kooperationsvereinbarung zum vorsorgenden Trinkwasserschutz. „Diese Einigung ist ein starkes Signal", betonte die Abgeordnete und verdiene Unterstützung. Der Antrag greife zu weit, da der „umfangreiche Maßnahmenkatalog" mit „strengen Vorgaben, teuren Anforderungen und unrealistischen Zeitplänen" gefüllt sei. „Über Jahrhunderte gewachsene Strukturen", die eine Bewirtschaftung der Flächen ermöglichten, können nicht „innerhalb weniger Jahre" rückgängig gemacht werden. Ihre Fraktion unterstütze keinen Antrag, der bestehende Anstrengungen übergehe und den Kooperationsgedanken infrage stelle.

„Einen Riesenstrauß an Forderungen", habe der Antragsteller zusammengestellt, schätzte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) ein. Diese seien „alles große Themen", die eigentlich einzeln abgehandelt werden müssten. Dennoch ging die Abgeordnete auf die Punkte im Einzelnen ein. Sie verwies auf existierende Maßnahmen wie das Wassermanagement des Grundwassers oder die Erfassung dessen Neubildungsrate. Die Landesregierung brauche „keine Aufforderung" zur Überarbeitung des Wassergesetzes. Der Entwurf werde dann dem Landtag entsprechend der zeitlichen Abfolge vorgelegt. Die Forderung des Antragstellers, die schädlichen Nährstoffeinträge in die Gewässer zu verringern, sei „eine richtige Forderung". Dafür gebe es die Düngemittelverordnung und zudem habe das Land 30 Prozent der landwirtschaftlichen Gebiete „als rote Gebiete" ausgewiesen, wo die Düngung eingeschränkt sei. Dr. Sylva Rahm-Präger detaillierte weitere Initiativen des Landes und kam zu dem Schluss, dass ihre Fraktion den Antrag ablehne.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) griff die Kritik auf, dass seine Fraktion einerseits zu früh und gleichzeitig zu spät agiere und andererseits zu viel und dann zu wenig mache. „Wann ist es Ihnen denn recht?", fragte der Abgeordnete seine Kollegen. Er wies den Vorwurf zurück, er werte die Landwirtschaft ab. „Das ist mitnichten der Fall." Er ziehe wie ein „Prophet" durch das Land und werbe dafür, mit den Landwirten im Gespräch zu bleiben. Darum sah der Abgeordnete keinen Widerspruch darin, auch Forderungen zu stellen und Vorschläge zu machen. Wenn aber die Schadstoffbelastung steige, dann seien die bestehenden Maßnahmen zu überprüfen. Das dürfe nicht verharmlost werden. Denn Wassermanagement und Grundwasser seien durch den Wasserrückhalt in der Landschaft miteinander verknüpft. Wenn das Grundwasser „tendenziell abnimmt", brauche es Konsequenzen. „Natürlich" sei hier Kooperation mit den Wasserversorgern und Landwirten „das Richtige". Aber am Ende brauche es auch Ergebnisse.

Bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mit der Ablehnung aller anderen Fraktionen wurde der Antrag abgelehnt.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4733
Beschluss:
Ablehnung des Antrages

(*): Anzahl der Legislaturperioden

SITZ

8. Legislaturp

R

Stefanie Drese
Sozialministerin

Bettina Martin
Wissenschaftsministerin

Dr. Till Backhaus
Landwirtschaftsminister

Dr. Wolfgang Blank
Wirtschaftsminister

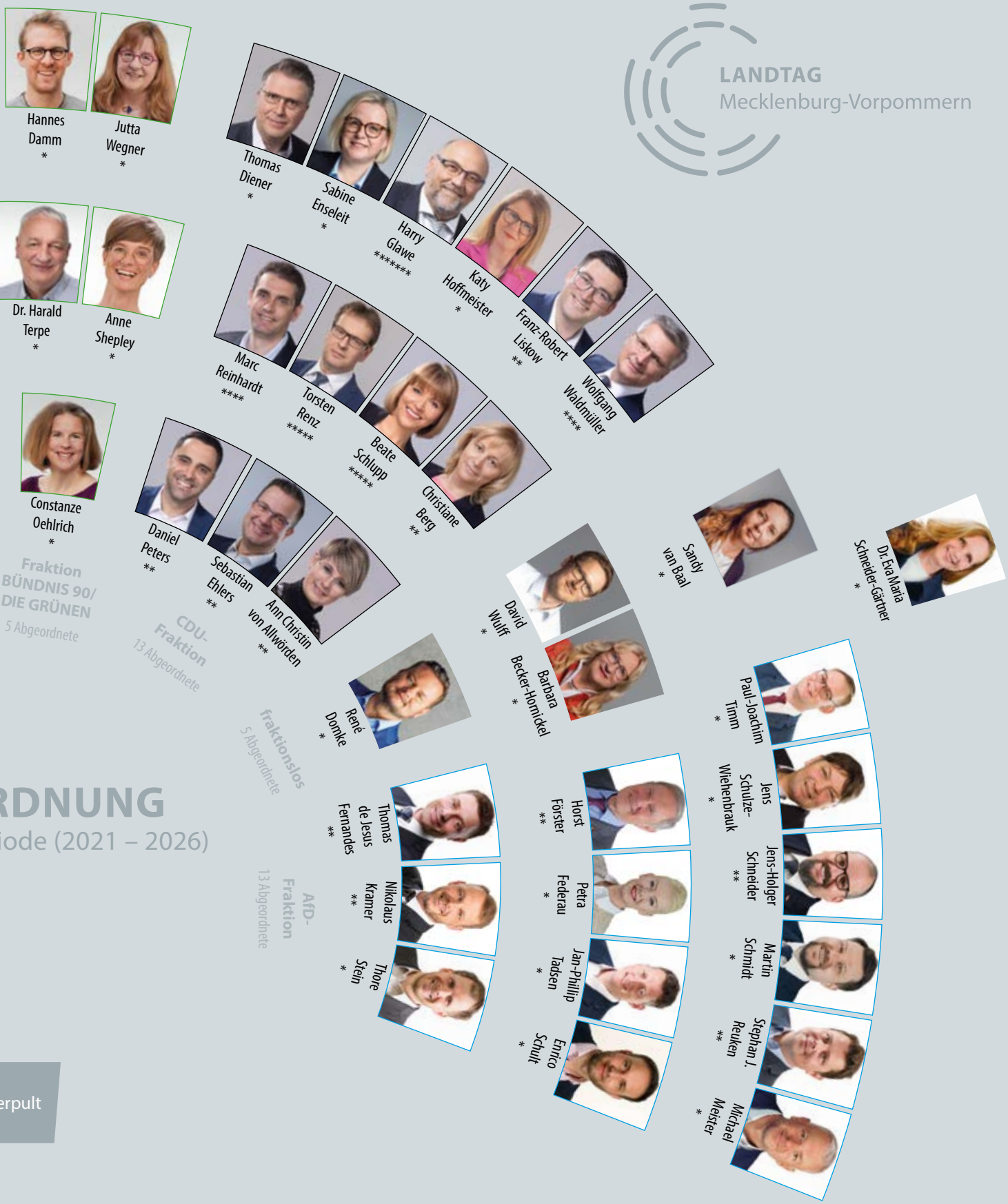
Landesregierung

Sitzu

LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

ORDNUNG

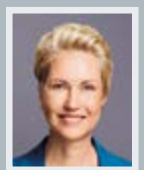
eriode (2021 – 2026)



ednerpult

Birgit Hesse
sidentin des Landtages

ngspräsidium



Manuela Schwesig
Ministerpräsidentin

Simone Oldenburg
Bildungsministerin

Christian Pegel
Innenminister

Dr. Heiko Geue
Finanzminister

Jacqueline Bernhardt
Justizministerin

Landesregierung

Mit einem 10-Punkte-Plan will die FDP die Verkehrsinfrastruktur stärken. *Foto: nordreport*

Zehn-Punkte-Plan für Verkehrsinfrastruktur

Antrag zur Verbesserung des Verkehrsflusses

Spätestens seit dem Einsturz der Carolabrücke in Dresden ist der oft marode Zustand der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ein zentrales Thema. Kritiker verweisen darauf, dass in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten viel zu wenig investiert worden sei. Eine Konsequenz daraus ist das von der neuen Bundesregierung beschlossene Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro. Nun folgen die Diskussionen um die Verteilung des Geldes – auch im Landtag von MV.

Die FDP-Fraktion hat einen Zehn-Punkte-Plan zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in MV vorgelegt. „MV braucht eine Verkehrswende, die nicht von Verboten, Einschränkungen und sinnlosem Kapitalverbrauch geprägt ist, sondern von Effizienz, Innovation und Investition", sagte **David Wulff** (FDP). Doch die Infrastruktur halte den Anforderungen immer weniger Stand. Es gebe stattdessen Sanierungsstau, marode Brücken, Engpässe und langwierige Genehmigungsverfahren. „Das behindert nicht nur die Mobilität, sondern gefährdet Wachstum und Wohlstand." Es sei der falsche Weg, das Ganze mit noch mehr Schuldenpaketen auf dem Rücken der kommenden Generationen auszutragen.

Gebraucht werde unter anderem eine Genehmigungsbeschleunigung. Planungszeiten von zehn Jahren und mehr seien inakzeptabel. Es sei wichtig, dass bei Ersatzneubauten künftig die Planfeststellungsverfahren wegfallen, sagte Wulff. „Wir müssen die Ausschreibungsmodalitäten so gestalten, dass schnelles Bauen belohnt und vor allen Dingen Verkehrsbehinderungen minimiert werden. Zusätzlich würden mehr Personal und finanzielle Mittel für Planungs- und Genehmigungsbehörden benötigt.

Dem Grundtenor des FDP-Antrags könne man in weiten Teilen zustimmen, sagte der parteilose Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank** und ergänzte: „Vieles davon ist ja auch schon im Gange." So unterstütze die Landesregierung die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren nach dem Fernstraßengesetz. Eine Ausweitung des Verzichts auf Planfeststellung könne einen wichtigen Beitrag leisten. Die Landesregierung verfolge auch das Ziel, Bauprojekte so auszuschreiben, dass der fließende Verkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird.

Blank begrüßte die Initiative zur Förderung des autonomen Fahrens. Aktuell unterstütze das Land ein entsprechendes Vorhaben zur Erprobung im Öffentlichen Nahverkehr im Landkreis Ludwigslust-Parchim. „Der dazugehörige Antrag wird derzeit vom Kraftfahrtbundesamt geprüft." Zum Mobilfunkausbau sagte Blank, dass dieser überwiegend von privatwirtschaftlicher Seite erfolge. Die Landesregierung unterstütze diesen Prozess mit dem Ziel eines flächendeckenden 4G- und 5G-Netzes auch in dünn besiedelten Regionen.

Stephan Reuken (AfD) sprach von einem riesengroßen Problem bei der Infrastruktur. „Wenn die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland und damit auch in MV so weiter geht, sind wir in 30 Jahren vom Industrieland zurückgefallen auf das Niveau eines Schwellenlandes." Deutschland müsse ein Industrieland bleiben und sich weiterentwickeln. Dazu gehörten auch Straßen und Schienen, wie sie im 21. Jahrhundert sein sollten. Nie zuvor seien mehr Güter auf der Straße transportiert worden als heute. „Wir können es uns schlichtweg einfach nicht mehr leisten, unsere Straßen so stiefmütterlich zu behandeln."

In Zukunft müssten mehr Ingenieure und Architekten ausgebildet werden. Denn die, die derzeit die Planung machen, würden immer älter und gingen nach und nach in den Ruhestand. „Da

wird sich eine Lücke auftun." Da Bildung Ländersache sei, appellierte Reuken an die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass diese Ausbildungsgänge an den Universitäten im Land ausgebaut werden. Er kritisierte das von der neuen Bundesregierung beschlossene Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro. Dieses Geld in ein ineffizientes System wie das des staatlichen Infrastrukturbaus zu stecken, sei im besten Falle fahrlässig.

„Infrastruktur entscheidet über gleichwertige Lebensverhältnisse, über Standortattraktivität und darüber, ob Unternehmen investieren oder abwandern", sagte **Sabine Enseleit** (CDU). Marode Brücken und Bahnstrecken, Sperrungen auf wichtigen Verkehrsachsen und digitale Funklöcher entlang von Bundes- und Landesstraßen seien für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Wirtschaft nicht hinnehmbar. Sie verwies ebenfalls auf das Infrastruktur-Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro. Es würden also keine neuen Fördertöpfe oder Finanzierungsinstrumente gebraucht. „Das Geld ist da."

Deshalb lehne die CDU-Fraktion den im Antrag geforderten Infrastrukturfonds ab. „Wir brauchen keine doppelten Strukturen, keine unnötige Umverteilung, keine zusätzlichen Bürokratien", erklärte Enseleit. Die Mittel aus dem Sondervermögen für MV müssten schnell und effektiv da eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden: Für eine dauerhafte und bedarfsgerechte Ertüchtigung der Straßen, Schienen und Wasserinfrastruktur. „Und zwar flächendeckend, nicht nur in den Ballungszentren, sondern gerade auch in den ländlichen Räumen."

Angesichts der begrenzten Haushaltsmittel gehe es vor allem darum, den Substanzverlust in der Infrastruktur zu verhindern, sagte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Deshalb sehe das Straßenbauprogramm 2025 Investitionen von rund 174,2 Millionen Euro vor. „Es trägt der Tatsache Rechnung, dass unsere Straßen einem stetigen Verschleiß ausgesetzt sind - das ist gut und auch richtig so."

Foerster zeigte sich skeptisch über den von der FDP geforderten Wegfall der Planfeststellungsverfahren für bestimmte Aus- und Neubauten. Dies bedeute weniger Umweltverträglichkeitsprüfungen und somit geringeres Mitspracherecht für Umweltverbände sowie geringere Bürgerbeteiligung. Möglicherweise ergebe sich eine Zeitersparnis, dafür würden aber Entscheidungen über die Köpfe der von Baumaßnahmen betroffenen Menschen hinweg getroffen.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte den FDP-Antrag, weil sich dieser zu sehr um den Straßenneubau kümmere. „Dabei sollte es doch vordringlich um Sanierung gehen." Zudem halte ihre Fraktion die Bürgerbeteiligung und Umweltstandards für sehr wichtig. Diese seien nicht unbedingt das Kernproblem für lange Planungsverfahren. Nicht einverstanden zeigte sich Wegner mit der Forderung nach einer Meldeplattform für Straßendefekte. „Was ist mit defekten Radwegen und Fußwegen? Beim Zustand der Radwege ist das Erkenntnisdefizit meines Erachtens viel größer und es ist viel gefährlicher."
Den alleinigen Fokus auf Auto und Straße zu legen, greife zu kurz. Sinnvoller wäre mit Blick auf das Erreichen von Klima- und Naturschutzzielen eine komplette Umkehr der Verkehrsplanung. Besser wäre es, Zukunftsszenarien im Mobilitätsbereich zu entwerfen und nach dem derzeitigen Stand zu schauen, sagte Wegner. Es müsse überlegt werden, welche Verkehrsinfrastruktur benötigt werde, um die Mobilitätsziele zu erreichen.

Rainer Albrecht (SPD) warf der FDP-Fraktion vor, dass ihre Bundespartei bis zum provozierten Bruch der Bundesregierung jede kreditfinanzierte Investition in die essentielle Verkehrsinfrastruktur verhindert hätte. Inzwischen sei auch die CDU bereit, die Schuldenbremse zu reformieren. Das Sondervermögen sei ein dringend benötigtes Investitionsprogramm für die Infrastruktur Deutschlands, um die Wirtschaft wieder zurück auf den Wachstumspfad zu bringen. „Dieser Lernprozess steht bei der FDP noch weitgehend aus."

Albrecht gab zu bedenken, dass die meisten Forderungen im Antrag teilweise deutliche Mehrausgaben im Landeshaushalt benötigten. Dies sei ohne Hilfe vom Bund oder neue Kredite nicht zu finanzieren. Auch sei eine landesweite Meldeplattform für Straßendefekte nicht notwendig, es gebe bereits eine solche Webseite auf dem MV-Serviceportal. Wem das nicht ausreiche, könne Straßenmängel auf einer privaten Webseite melden, die zusätzlich noch Kartentools und eine komplette digitale Lösung anbietet.

Der Antrag der FDP wurde bei Zustimmung der Fraktionen von FDP und AfD, Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Stimmenthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt

Antrag der FDP
Drucksache 8/4741

Petitionsausschuss zieht Bilanz

Manche Sorgen lassen die Bürger ratlos zurück. Als letzten Ausweg wenden sie sich dann an den Petitionsausschuss des Landtags. Im Zeitraum vom 1. November 2024 bis 28. Februar 2025 erreichten das Gremium insgesamt 75 Bitten, Beschwerden oder Vorschläge, berichtete dessen Vorsitzender **Thomas Krüger** (SPD) dem Landtag. 50 Petitionen konnten abschließend behandelt werden, darunter die älteste, weil komplizierte aus dem Jahr 2017. Es handelte sich um die Sperrung einer Zufahrtsstraße in einem Wohngebiet, erläuterte Thomas Krüger. Die Gemeinde Elmenhorst versäumte, diese Straße vom Bauträger zu erwerben. Eine Privatperson tat es und sperrte sie im Jahr 2012 ab, um dann von den Anliegern Nutzungsgebühren zu verlangen. Die Bewohner kontaktierten wiederholt die Gemeinde – jedoch ergebnislos. Darum schrieben sie 2017 den Petitionsausschuss an. Nach zahlreichen Erörterungen und Ortsterminen und mit „viel Geduld", so betonte Thomas Krüger, konnte ein Kompromiss erzielt werden. Die Gemeinde sei überzeugt worden, einen Bebauungsplan aufzustellen, der die Straße als öffentliche Verkehrsfläche ausweise. Der private Besitzer veräußerte die Straße im Endeffekt an die Gemeinde und so konnte sie umgewidmet werden.

Für alle anderen abgeschlossenen Eingaben verwies der Ausschussvorsitzende auf die Sammelübersicht in der vorliegenden Drucksache sowie die Beschlussempfehlung und den Bericht des Petitionsausschusses. Dieser enthalte zudem Details zu den Eingaben, von deren Behandlung oder sachlicher Prüfung abgesehen wurde, sowie einen Bericht über die sechs Ausschussberatungen im Berichtszeitraum, in denen elf Petitionen mit den betreffenden Ministerien erörtert wurden.

Verbunden mit einem Dank für die kollegiale Zusammenarbeit im Ausschuss und mit dem Sekretariat bat Thomas Krüger um Zustimmung der bereits im Ausschuss einstimmig beschlossenen Beschlussempfehlung. Dem kam das Parlament nach – ebenfalls einstimmig.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 8/4769

Vorstellung des Berichtes

Am 8. April 2025 hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses Thomas Krüger in der Landespressekonferenz den Bericht des Petitionsausschusses vorgestellt.

Aussprache über den Achtstundentag von Beschäftigten

Während der Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD wurden „schwer verdauliche" Absichten bekannt, erklärte **Henning Foerster** (DIE LINKE) den Grund, warum seine Fraktion eine Aussprache über bundespolitische Angriffe auf die Schutzrechte von Beschäftigten anberaumte. Nicht alle Befürchtungen seien eingetroffen. Doch die tägliche Höchstarbeitszeit soll von einer Wochenarbeitszeit ersetzt werden. Dabei lasse das Arbeitszeitgesetz schon heute „umfangreichen Spielraum" zu. Henning Foerster belegte mit Zahlen, dass in der Bundesrepublik noch nie so viele Beschäftigte so viele Stunden gearbeitet hätten. Die Hälfte der jährlichen 1,3 Milliarden Überstunden bliebe unbezahlt. Darum brauche es keine „Rolle rückwärts" beim Achtstundentag.
Damit die Wochenarbeitszeit zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führe, sei „ein Dialog mit den Sozialpartnern zur konkreten Ausgestaltung notwendig", mahnte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) an. DIE LINKE versuche, ein „starres, längst überholtes System zu konservieren, kritisierte **Michael Meister** (AfD) und plädierte für „Schutzrechte", da wo es nötig sei, aber ohne „Bevormundung". **Wolfgang Waldmüller** (CDU) betrachtete die Aussprache als „gegenstandslos" und „rückwärtsgewandt". Ein modernes Arbeitsrecht befördere „wirtschaftliche Dynamik" und Wachstumschancen.
Was Deutschland wirklich brauche, argumentierte **Christian Winter** (SPD), sei eine „doppelte Rolle vorwärts" in Bezug auf Produktivität und Prozessinnovation. Das bedeute nicht mehr, sondern „smarter arbeiten". **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verwies darauf, dass das Arbeitsrecht zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausgehandelt werde. Längere Arbeitszeiten von Vollzeitbeschäftigten seien „eindeutig" der falsche Weg. Wer arbeite, verdiene Schutzrechte, vertrat **Sandy van Baal** (FDP). Flexible Arbeitszeitlösungen können besser „zur Lebensrealität der Menschen passen", zumal nichts ohne Absprache mit den Arbeitnehmern geschehe.

Aussprache auf Antrag von DIE LINKE

Vorsorgeuntersuchungen helfen dabei, frühzeitig mögliche Erkrankungen erkennen und behandeln zu können. *Foto: nordreport*

Bedarfsplanung für ärztliche Versorgung

Bei der Gesundheitsversorgung klaffen laut AfD-Fraktion Wunsch und Realität auseinander. Gesetzlich Versicherte müssten häufig Wochen bis Monate auf Facharzttermine warten, sagte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD). Er forderte eine transparente Bedarfsplanung sowie ein öffentliches Register für freie Kapazitäten in Praxen.

Mit einem Zehn-Punkte-Plan will die CDU-Fraktion die haus- und fachärztliche Versorgung in MV sicherstellen. „Zentraler Ansatzpunkt bleibt der Ausbau von Studienplatzkapazitäten bei gleichzeitiger Erhöhung und Ausweitung der Landarztquote, auch auf den fachärztlichen Bereich", sagte **Katy Hoffmeister** (CDU).
Reformen im Gesundheitssystem seien an vielen Stellen notwendig, manchmal sogar überfällig, sagte Gesundheitsministerin **Stefanie Drese** (SPD). Sie betonte, dass es keine schlechte Versorgung gebe, sondern ein Steuerungsdefizit auf mehreren Ebenen. Ein Aspekt davon sei, dass sich viele Patientinnen und Patienten nicht an vereinbarte Termine halten.
Auch **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sprach sich für mehr Studienplätze aus. „Entscheidend wird sein, wie viele dieser Medizinerinnen und Mediziner am Ende tatsächlich auch in unterversorgten Regionen tätig werden."

Die Politik werde sich mit dem Thema ärztliche Versorgung künftig noch mehr beschäftigen, sagte **Torsten Koplin** (DIE LINKE). „Da werden die Wellen noch hochschlagen." Das Gesundheitssystem sei auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Ohne sie würde es auseinanderbrechen.

In der ambulanten Versorgung gibt es laut **Barbara Becker-Hornickel** (FDP) alarmierende Entwicklungen, die umgehenden Aktionen bedürften. Sonst komme es zu einer medizinischen Unterversorgung in weiten Teilen des Landes, die verheerende Auswirkung auf die Gesundheit der Menschen haben würde.

Christine Klingohr (SPD) kritisierte die Schwarzmalerei seitens der AfD. Bei den zentralen Gesundheitsindikatoren wie Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit oder Zahngesundheit gebe es in den vergangenen 20 Jahren einen kontinuierlichen Aufwärtstrend.

Der Antrag der AfD-Fraktion wurde bei Zustimmung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten sowie Gegenstimmen der anderen Fraktionen abgelehnt

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde bei Zustimmung der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und DIE LINKEN abgelehnt.

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 8/4745

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/4747

Forderung nach digitaler Souveränität

Damit die deutschen Verwaltungen nicht in eine gefährliche Abhängigkeit von US-Technologiekonzernen geraten, hat **David Wulff** (FDP) eine strategische, europäische Digitaloffensive gefordert. Wenn über die Staatlichkeit und die Aufrechterhaltung von Regierungsfunktionen gesprochen wird, sei eine gewisse Unabhängigkeit von privaten Anbietern notwendig.

„Wir sind bei der digitalen Souveränität erst am Anfang der Diskussion", sagte Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Er habe ein gewisses Grundvertrauen zu den USA. Zudem werde es nicht möglich sein, die Hard- und Software binnen weniger Wochen in Gänze auszutauschen.

Jens-Holger Schneider (AfD) verwies auf den immer noch schleppenden Ausbau des 5G-Systems. „Und dann wollen sie die digitale Souveränität aus der Taufe heben?" Das sei überambitioniert. Deutschland sei abhängig vom asiatischen Markt.

„Die Bemühungen nach mehr Souveränität und Unabhängigkeit werden immer größer", bestätigte **Sabine Enseleit** (CDU). Die amerikanischen Tech-Konzerne hätten sich wie selbstverständlich in fast jeden Bereich des Lebens geschlichen. Digitale Selbstbestimmtheit sei wichtiger denn je.

Michael Noetzel (DIE LINKE) berichtete, dass alle Bundesländer und der Bund massive und nachhaltige Probleme hätten, die digitale Souveränität zu erlangen. „Wir stehen vor der riesengroßen Gefahr, dass unsere Verwaltung in einer kompletten Abhängigkeit versinkt."

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schlug vor, zu Beginn des Weges zur digitalen Souveränität den sogenannten Bundesmessenger als Kommunikationstool in der Landesverwaltung einzuführen. Dieser sei in Deutschland auf Basis offener Standards entwickelt worden.

Die Landes-IT unterstütze Open Source, sagte **Philipp da Cunha** (SPD). Zusammen mit anderen Bundesländern sei begonnen worden, eine Strategie zur digitalen Souveränität zu fahren. „Das kriegen wir Stück für Stück hin, dass wir dort runterkommen. Da bin ich guten Mutes."

Erneuerung der Infrastruktur in der Franz-Mehring-Straße in Schwerin *Foto: nordreport*

Antrag zu Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Kommunen und Wirtschaft

Die CDU-Fraktion hat einen Masterplan für Zukunftsinvestitionen in MV vorgelegt. Dank des vom Bundestag beschlossenen Sondervermögens gebe es finanzpolitische Spielräume, die gezielt für Bildung, Infrastruktur oder Digitalisierung genutzt werden sollten, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters**.

Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD) verwies auf die globale Weltordnung, die sich in atemberaubendem Tempo verändere. „Die Gefahr der Rezession steigt überall auf der Welt." Die Landesregierung brauche von der CDU-Fraktion keine Aufforderung zu einem gesellschaftlichen Diskurs über die Verwendung der finanziellen Mittel.

Martin Schmidt (AFD) kritisierte die CDU-Fraktion, die massive Investitionen durch zusätzliche Kreditaufnahmen und Grundgesetzänderungen fordere. Kreditfinanzierte Ausgaben dürften in Zeiten multipler Krisen nicht blind zum Heilmittel erklärt werden.

Längst habe sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, sich mit Sozialpartnern und Kommunen abzustimmen, wo die wichtigsten Bedarfe liegen, betonte **Torsten Koplin** (DIE LINKE). Es gehe darum, wie die Mittel des Sondervermögens für Infrastruktur bis 2035 wirksam werden können.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstützte den CDU-Plan, den Schwerpunkt auf die Kommunen und deren finanzielle Ausstattung zu legen. Allerdings habe die CDU den Klimaschutz vergessen. Möglicherweise habe sie die Dringlichkeit des Klimaschutzes noch nicht verstanden.

David Wulff (FDP) verwies auf die Rekordsteuereinnahmen und kritisierte, dass immer mehr davon in sozialen Projekten, also in konsumtiven Ausgaben, lande. Nun müsse aufgeholt werden, was in den vergangenen Jahrzehnten an Investitionen versäumt wurde.

„Man könnte fast meinen, im Landtag ist ein kleines politisches Wunder geschehen", sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Der CDU-Antrag lese sich wie eine Bilanz des Regierungshandelns von SPD und DIE LINKE der letzten drei Jahre. Der Antrag sei ein Rückenwindantrag für die Regierung.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde bei Zustimmung der CDU-Fraktion, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, SPD und FDP sowie Stimmenhaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD abgelehnt.

Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache 8/4750

Große Wertschätzung den Feuerwehren

Die Landesregierung bringe den 44.864 Kameraden der Feuerwehren in MV für ihr „herausragendes Engagement“ hohe Anerkennung und aufrichtigen Dank entgegen, erklärte **Ralf Mucha** (SPD). Damit Brand- und Katastrophenschutz den steigenden Herausforderungen begegnen können, habe das Land 51,2 Millionen Euro in 310 hochmoderne Feuerwehrfahrzeuge investiert. Weitere 50 Millionen Euro stünden für Gerätehäuser bereit, so Ralf Mucha. Daneben arbeite das Land an der Novelle des Katastrophenschutzgesetzes und des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes. So bliebe die Feuerwehr der „wahre Leuchtturm“ der öffentlichen Sicherheit.

Die Freiwilligen Feuerwehren bildeten in kleinen Gemeinden oft das „Rückgrat“ der Dorfgemeinschaft, lobte Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Darum habe das Land rund 150 Millionen Euro in sie investiert. Dennoch seien sie „die originärste aller kommunalen Pflichtaufgaben“. Der Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** (AfD) kritisierte nicht nur die Aussprache als „politische Imagepflege“, sondern auch die Ablehnung der Kostenübernahme für Lkw-Führerscheine der Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren. Diese Ablehnung habe „landesweit einen riesigen Proteststurm“ verursacht, berichtete **Marc Reinhardt** (CDU). Nun versuche die Regierungskoalition, das mit dieser „Sonntagsrede“ zu „kaschieren“. Das Engagement der Freiwilligen Feuerwehren können seine Fraktion und die Regierung „nicht hoch genug schätzen“, so **Dirk Bruhn** (DIE LINKE). Darum behielten die Brandschutzstrukturen „enorm hohe Priorität“. Die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehlrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ging auf den missachteten Brandschutz beim Großbrand von Alt Tellin ein. Dass dies in der neuen Brandschutzrichtlinie nicht korrigiert wurde, sei „fahrlässig“. **David Wulff** (FDP) fürchtete eine Überforderung der Freiwilligen Feuerwehren bei gleichzeitiger schwindender Demokratieakzeptanz auf dem Land. Jugendliche hätten oft nur die Wahl zwischen Fußball oder Feuerwehr, während sich der Staat rarmache. Als Reaktion auf die Kritik zu den Führerscheinen entgegnete **Patrick Dahlemann** (SPD), dass die dazu offenen Fragen „seriöser“ Antworten bedürften.

Aussprache auf Antrag SPD

SIE SIND HERZLICH EINGELADEN!

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.landtag-mv.de/
mitmachen/veranstaltungen/
ag-der-offenen-tuer

Befragung der Landesregierung

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Landesförderung für die Theater und Orchester GmbH und die Tanzkompanie Neustrelitz

Enrico Schult, AfD: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin! Ich muss mich erst mal ein bisschen sammeln nach diesen Lügen, die vorgetragen wurden, aber dennoch habe ich eine wichtige Frage an Sie und wahrscheinlich einige Kollegen auch. Es geht um die TOG in Neustrelitz und um die Tanzkompanie in Neustrelitz. Da hatten wir kürzlich eine Podiumsdiskussion zur Landratswahl in der Seenplatte und da wurde mehrfach die Frage aufgeworfen, inwieweit das Land dort weiter unterstützen kann und inwieweit das Land die Dynamisierung der Mittel durch den Theaterpakt sozusagen anhebt. Die TOG ist ja sehr erfolgreich, 100.000 Zuschauer im Jahr 2024.

Und da würde ich Sie bitten, Frau Ministerin: Gibt es schon etwas Konkretes? Was plant das Land, um die TOG Neustrelitz und die Tanzkompanie zu unterstützen, um das Defizit, was bei denen sozusagen aufschlägt, um das zu kompensieren?

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Zuerst mal möchte ich betonen, dass die vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten ist, dass das im erhöhten kulturpolitischen Interesse der Landesregierung ist. Die Kulturlandschaft, unsere Mehrspartentheater sind wichtig und vor allen Dingen auch in den Regionen jeweils wirklich von großer Bedeutung. Das möchte ich jetzt erst mal vorwegschicken.

In der Tat fördert die Landesregierung oder gibt Zuweisungen zu der TOG in Neustrelitz gemeinsam mit den Trägern. Das ist Neustrelitz, die Kommunen, und Neubrandenburg zusammen mit dem Kreis.

Sie haben den Theaterpakt erwähnt. Da möchte ich auch vorwegschicken, die Landesregierung steht zum Theaterpakt, der bis 2028 läuft, für die Mehrspartentheater ja vereinbart worden ist. Dort ist eine Dynamisierung von 2,5 Prozent angelegt jedes Jahr. Über Jahre wurden wir da bundesweit dafür beneidet, weil dieser Theaterpakt ja wirklich nachhaltig eine finanzielle Sicherheit in die Theaterlandschaft gibt. Jetzt ist es so, dass wir in der Tat durch die erhöhten Tarifsteigerungen, also die Personalkosten sind gestiegen, wir wissen, Preissteigerungen, Energiekosten, all das hat dazu geführt, dass die Theater teilweise sozusagen Kosten haben, die diese zweieinhalb Prozent Tarifsteigerung, zweieinhalb Prozent Dynamisierung übersteigen.

Das ist vor allen Dingen bei der Tanz..., bei der TOG der Fall. Wir wissen, dass es dort ein Problem gibt schon in 2025, finanziell. Die Problematik zeigt sich sehr unterschiedlich in den Theatern, die Teil des Theaterpakts sind. Bei der TOG ist es in der Tat in diesem Jahr, bereits 2025 kommt es zu Mindererlösen, dass wir dort eine Problematik haben. Wir sind mit den Trägern schon natürlich lange dazu auch im Gespräch. Es gibt da einen Austausch. Wir werden Gespräche führen insgesamt zu den Theatern, aber selbstverständlich auch zu der TOG.

Ich kann Ihnen jetzt hier noch keine Lösung präsentieren, weil Fakt ist, der Rahmen, den wir haben, ist der Theaterpakt. In diesen schweren finanziellen Haushalts-, in dieser Situation kann ich jetzt hier nicht einfach sagen, wir legen einfach was obendrauf. Darüber hinaus ist auch der Theaterpakt eine Vereinbarung, dass alle Mehrkosten, die über 2,5 Prozent entstehen, von den Trägern zu tragen sind. Das ist eine Schwierigkeit. Insofern werden wir Gespräche führen, und sobald wir da konkrete Ergebnisse haben, lassen wir das Hohe Haus das natürlich selbstverständlich gerne wissen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schult, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Enrico Schult (AfD) befragt Kultur- und Wissenschaftsministerin Bettina Martin.

Enrico Schult, AfD: Ja, gerne.

Frau Ministerin, ich teile natürlich Ihre Auffassung, wie wichtig auch die TOG ist und die Tanzkompanie. Ich würde noch mal konkreter nachfragen: Wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen? Wann sind Gespräche terminiert? Und beispielsweise für die Tanzkompanie, was erwartet die Tanzkompanie? Weil die sind ja wirklich, da steht das Wasser bis zum Hals.

Ministerin Bettina Martin: Auch die Tanzkompanie, ich habe mich ja gerade schon versprochen, gehört natürlich irgendwie auch dazu, weil das auch, die Deutsche Tanzkompanie aus Neustrelitz, auch für uns ein wichtiger kultureller Partner im Land ist. Die Deutsche Tanzkompanie macht hervorragende Arbeit, ist für uns wichtig, auch der Erhalt, der Erhalt der Deutschen Tanzkompanie.

Wie Sie wissen, läuft die Finanzierung, die jetzt über mehrere Jahre über den Strategiefonds gelaufen ist, mit 500.000 Euro pro Jahr, eine erhebliche Summe, aber auch natürlich leider befristet, am Ende dieses Jahres aus. Wir sind jetzt schon lange in Gesprächen. Es gab auch eine sogenannte Vertrauensarbeitsgruppe, die nach Lösungen gesucht hat. Wir sind, bereits im August 2023 haben wir uns, ich gemeinsam auch mit dem Finanzminister und den Trägern, zusammengesetzt an einen Tisch und haben gebeten, uns erst mal volle Transparenz auch darzulegen, wie eigentlich die wirtschaftliche Situation aussieht. Wir haben um Zahlen gebeten und um Vorschläge, wie man nach 2025 dann gegebenenfalls weiter verfahren kann, gegebenenfalls auch strukturelle Veränderungen.

Das hat leider sehr lange auf sich warten lassen. Inzwischen liegt seit, ich kann nicht das genaue Datum sagen, aber seit Anfang des Jahres ein Vorschlag vor. Die Zahlen sind wir gerade noch am Prüfen. Die volle Transparenz ist aus unserer Sicht noch nicht hergestellt. Trotzdem wird es ein weiteres Gespräch jetzt geben, nachdem auf Arbeitsebene eben sehr lange auch nach Lösungen gesucht wurde, am kommenden Dienstag, wo ich gemeinsam auch mit meiner Fachebene und den Trägerinnen und Trägern der Deutschen Tanzkompanie wir uns an einen Tisch setzen und erst mal gucken, wie sehen die Zahlen denn eigentlich wirklich aus und was sind die Möglichkeiten.

Aktuelle Voraussetzungen für die Einrichtung einer zentralen Cold Case Unit im Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Ann Christin von Allwörden, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Nach Ihrer Stellungnahme im Oktober 2023 im Innenausschuss wurde die Einrichtung einer zentralen landesweiten „Cold Case Unit“ im Landeskriminalamt und Erprobung mit einem zweijährigen Projekt mit den zuständigen Polizeibehörden erörtert und auch geprüft. Und eine Empfehlung der Projektgruppe „Cold Case Unit“ bezogen auf die Zentralisierung im Landeskriminalamt wurde als nicht prioritär betrachtet, da die zusätzlichen Mitarbeiter aus den Kriminalinspektionen und den Polizeipräsidien hätten gewonnen werden müssen, und das ginge zulasten der Ermittlungstätigkeit laufender Verfahren. Bis zum Personalaufwuchs auf 6.200 Mitarbeiter muss eine entsprechende Sachbearbeitung im Sinne einer „Cold Case Unit“ in den Fachkommissariaten der vier Kriminalpolizeiinspektionen des Landes erfolgen.

Meine Frage ist: Hat sich an den Voraussetzungen für die Errichtung oder Einrichtung einer „Cold Case Unit“ im Landeskriminalamt zwischenzeitlich etwas verändert?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist weiterhin so, dass die Kriminalpolizeiinspektionen in ihren Sachbearbeitungen gegebenenfalls auch ältere Sachverhalte, wenn sich neue Anknüpfungspunkte für Ermittlungen ergeben, wieder aufgreifen. Die Argumentation, die Sie eben vorgetragen haben, gilt weiterhin. Es hilft uns wenig, wenn wir das LKA um Kräfte stärken würden, die speziell diesem Themenbereich sich zuwenden, aber wissen, dass die Gesamtbeschäftigtenzahl noch nicht die 6.183 erreicht hat und wir damit aus den Kriminalkommissariaten und Kriminalpolizeiinspektionen Beschäftigte herausziehen müssten, die im Zweifel diese Stellen

Innenminister Christian Pegel antwortet auf die Fragen von Ann Christin von Allwörden (CDU)

füllen, weil sie dann in den durchaus breiter in den Aufgaben aufgestellten Inspektionen fehlen würden.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja, gerne.

Herr Minister, können Sie mir sagen, welche Priorität die Aufarbeitung von solchen ungeklärten Todesfällen in der Landespolizei hat? Also ich möchte gerne wissen, wird das immer noch prioritär irgendwo mit angesiedelt, oder nicht? Oder wie können wir uns das vorstellen, wie die Arbeit funktioniert im Zusammenhang mit Fällen, die in der „Cold Case Unit" hätten aufgehoben sein müssen?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tötungsdelikte haben immer mit die höchsten Priorisierungen. Das gilt auch, wenn sie weiter zurückliegen. Sie brauchen allerdings, um darauf zurückzugreifen, konkrete Anknüpfungspunkte, und genau auf die stellen die Kolleginnen und Kollegen in den Kriminalpolizeiinspektionen ab.

Wir haben in dem, ich glaube, er war sogar vierjährig, der Modellversuch von 2018 bis 2022 wahrnehmen können, dass es Fortschritte in kriminaltechnischen Untersuchungsmöglichkeiten geben mag, die uns helfen zu gut Deutsch, DNA-Spuren, die man noch vor 20 Jahren nicht hätte sichern können oder umsetzen können, heute umsetzbar sind. Zum Teil haben sich Aussagebereitschaften von beteiligten Personen oder Zeuginnen und Zeugen verändert. Es gibt möglicherweise auch Verbesserungen in den Ermittlungstätigkeiten aufgrund anderer technischer Sachverhalte. Aber es gibt keine Einheit, die sich ausschließlich mit Altsachverhalten beschäftigt, sondern das ist immer neben den anderen Aufgaben, aber mit der Priorität, die Tötungsdelikte immer besitzen, und die ist extrem hoch, mit zu erledigen.

Vandalismus-Vorwürfe gegen Hansa-Fans, darunter ein Beamter der Landespolizei

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Medienberichten zufolge sollen Hansa-Fans bei einem Fußballspiel am 16. März 2025 in Aachen 700 Sitzschalen herausgerissen und Toiletten verwüstet haben. Von einem Sachschaden in Höhe von mindestens 50.000 Euro ist die Rede. Und auch ein Polizeibeamter aus Mecklenburg-Vorpommern soll daran beteiligt gewesen sein.

Bei dem Polizeibeamten soll es sich um einen jungen Kommissaranwärter gehandelt haben, der offenbar noch nicht in ein festes Beamtenverhältnis übernommen worden ist. Laut NDR soll er in Schwerin eingesetzt sein und offenbar schon mehrfach aufgefallen sein. Gegen den Betroffenen werde derzeit ein Disziplinarverfahren eingeleitet, heißt es – so der Medienbericht weiter – aus dem Polizeipräsidium Rostock, der Dienststelle des Mannes. Die Ermittlungen würden durch das Polizeipräsidium und die Staatsanwaltschaft Aachen geführt.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist denn der Stand der Ermittlungen, einerseits im Strafverfahren, andererseits im Disziplinarverfahren?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende! Zu den Ermittlungen in Aachen kann ich Ihnen naturgegeben nichts sagen, weil das eine eigene Behörde ist. Erstens führen dort die Staatsanwaltschaften oder führt die dortige Staatsanwaltschaft die Ermittlungen. Das wäre selbst für uns, wäre zunächst die auskunftsbefugt, bevor es die Polizei täte. Zum Zweiten tut sie das mit Unterstützung der Polizei in Aachen. Das heißt, wir kriegen immer nur die Informationen, die wir benötigen, um im Disziplinarverfahren weiterarbeiten zu können, und zwar zu den Zeitpunkten, wenn die dortige Staatsanwaltschaft und die dortige Polizei das für mitteilungsfähig hält.

Wir haben bisher keine Hinweise, weil Sie eben sagten, ein Polizeibeamter sei an der Randale beteiligt gewesen,

(Zuruf aus dem Plenum: Doch.)

wir haben bisher keine Erkenntnisse der Aachener Behörden, dass man dort bereits gesichert davon ausgeht, dass es

eine Beteiligung an Sachbeschädigungen oder anders gearteten Umständen gäbe. Aber noch einmal, das ist ein laufendes Strafermittlungsverfahren. Erstens, da gilt die Unschuldsvermutung auch zugunsten eines Kollegen der Polizei. Zweitens, wir haben zurzeit keine anderen Erkenntnisse, als dass dort noch weiterermittelt wird. Drittens, unser Disziplinarverfahren ist gleichwohl eröffnet, weil eine Straftat auch im Privatleben einer Polizeibeamtin oder eines Polizeibeamten für uns ein notwendiger Anlass und ein Anlass ohnehin wäre, ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen. Sofern aber eine Straftat nicht vorliegen sollte, genügt, in Anführungszeichen, auch eine nicht strafrechtlich relevante Vorgehensweise im zivilen Leben, wenn sie mit der sogenannten Wohlverhaltenspflicht schwer kollidiert.

Ich bin also als Polizeibeamter und Polizeibeamter gehalten, mich auch im Zivilen ein Stück weit so zu verhalten, dass ich für den Rechtsstaat und seine Grundsätze, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung werbe. Und das führt dazu, dass das Disziplinarverfahren so oder so eröffnet worden ist, das läuft bereits, wir aber dann jetzt ein Stück weit abwarten müssen, ob es entsprechende strafrechtliche Hinweise noch geben sollte, ausdrücklich im Konjunktiv. Ich wiederhole, es gilt die Unschuldsvermutung in beiden Verfahren. Bisher haben wir dazu keinen Erkenntnisstand, dass eine Straftat aus Sicht der Aachener Behörden uns als Erkenntnisstand mitgeteilt werden kann.

Soweit Sie davon ausgehen, dass es sich um einen Kommissaranwärter handelt, würde ich das nicht bestätigen. Und bei allen anderen Daten bitte ich darum um Verständnis, dass ich darauf nicht eingehen kann. Ich glaube, dass auch in so einem Fall dem Dienstherrn gleichwohl eine Sorgfalts- und Obhutspflicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter obliegt, um zu vermeiden, dass sie individualisiert werden. Das Datenschutzrecht gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen, wenn sie sich in einem Disziplinarverfahren befinden.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen? (Zustimmung) Bitte!

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön, Frau Präsidentin!

Ich habe das jetzt so verstanden, dass Sie die Ergebnisse des Strafverfahrens abwarten werden, dass diese sich auf das Disziplinarverfahren, was hier geführt wird, auswirken werden – ist ja in anderen Verfahren auch so. Welche weiteren Maßnahmen werden denn vom Innenministerium in diesem Fall in Erwägung gezogen, Sensibilisierungsmaßnahmen und Ähnliches?

Constanze Oehlrich (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In solchen Verfahren oder an solchen Sachverhalten werden ohnehin Gespräche geführt. Die werden dann durch die jeweiligen zuständigen Vorgesetzten, das kann die Präsidentin des Polizeipräsidiums sein, das kann auch der Leiter oder die Leiterin der jeweiligen Polizeiinspektion sein, geführt. Diese Gespräche sind nach meinem Kenntnisstand mindestens zwei geführt worden mit unmittelbaren Dienstvorgesetzten beziehungsweise mit Vertretern der eben genannten dienstvorgesetzten Ebene.

Die entsprechenden Prüfungen, beamtenrechtlich, disziplinarrechtlich, laufen, und im Zweifel, wenn wir glauben, dass wir aus Aachen keine weitergehenden Erkenntnisse mehr bekommen, würden das Disziplinarverfahren beziehungsweise alle beamtenrechtlichen Prüfungen drum herum auch abgeschlossen werden, bevor Aachen in seinem Gesamtkontext die strafrechtlichen Ermittlungen schließt. Ich weise nur darauf hin, wenn von dort etwas käme, würde das im aktuell laufenden Disziplinarverfahren selbstverständlich eine Rolle spielen. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie umfänglich die Ermittlungen in Aachen sind, weil die sich dort ja im Zweifel gegen mehrere Hundert Personen richten könnten. Und dann mag das Verfahrenskomplex so fett sein, dass wir schauen müssen, ob wir, wenn sich für uns nicht zeitnah etwas Weitergehendes ergibt zu unserem konkreten Sachverhalt, ob wir auch losgelöst davon agieren.

Aber beamtenrechtlich und disziplinarrechtlich gehen die Kolleginnen und Kollegen derzeit alles durch, was an Prüfungen und gegebenenfalls auch an Sanktionierungen geboten ist und haben die erforderlichen Schritte eingeleitet.

Vor allen Dingen aber – weil Sie fragen –, selbstverständlich sind direkte Ansprachen erfolgt. Also auch die Eröffnung des Disziplinarverfahrens ist nicht per Post erfolgt – natürlich gibt es ein Schriftweg –, sondern darüber hinaus hat man dazu zum Beispiel auch schon das persönliche Gespräch gesucht.

Zins- und Tilgungslasten des Infrastrukturfonds

René Domke, FDP: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Minister, ich hatte ja schon letztes Mal im Rahmen der Debatte um den Sondervermögen-infrastrukturfonds Fragen gestellt, und jetzt hat auch die Landesrechnungshofpräsidentin Frau Dr. Johannsen noch mal eine Frage aufgeworfen, die sich auch mit meiner Frage deckt. Das Schuldenpaket wird nicht nur ein Geldsegen sein. Noch sei unklar, ob und wie die Länder an den Zins- und Tilgungszahlungen für kreditfinanzierte Mittel aus dem Infrastrukturfonds beteiligt würden. Bis jetzt haben wir immer den Eindruck gewonnen, der Bund würde das tragen.

Sehr geehrter Herr Minister, was können Sie dazu sagen? Welche Zins- und Tilgungslasten werden auf Mecklenburg-Vorpommern zukommen?

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Domke, es ist so, nach wie vor habe ich da keine anderen Informationen, als dass der Bund berechtigt ist, dieses Sondervermögen einzurichten, dass er das auch vorhat über die 500 Milliarden für die zehn Jahre beziehungsweise zwölf, damit der Mittelabfluss auch gewährleistet ist, und dass der Bund auch die Zins- und Tilgungslast tragen wird. Dazu habe ich keine anderen Informationen, auch nach der Lektüre des seit gestern vorliegenden Koalitionsvertrages keine anderen, wobei ich jetzt nicht behaupten würde, alle 140 Seiten bis ins Detail schon bis in die Fußnoten gelesen zu haben. Aber ich habe keine anderen Informationen. Das war uns auch wichtig, auch in den Sondierungen war es den Ländern wichtig, dass da eine klare Regelung ist. Noch mal, der Bund nimmt die Schulden auf für das Sondervermögen. Er wird also die Zins- und Tilgungslast tragen. Davon gehe ich aus.

Anders ist es bei der Verschuldungsmöglichkeit der 0,35 Prozent. Da haben Sie jetzt nicht nachgefragt, aber ich will es noch mal betonen: Das, was das Land selber in dem Bereich an Schulden aufnehmen kann, da ist es auch mit Zins- und Tilgungslast verbunden. Und deswegen habe ich das ja auch schon hier gesagt, ich will das gerne noch mal betonen, aus meiner Sicht, aus Landessicht ist ganz klar, das Sondervermögen des Bundes steht im Vordergrund, bevor wir eigene Verschuldungsmöglichkeiten im Land nutzen sollten. Insgesamt sollten wir versuchen, immer den Landeshaushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen.

Angesichts der aktuellen Situation, Sie kriegen es ja gerade mit mit dem Zollchaos, und was das an Belastungen für die Wirtschaft bedeutet, kann ich das auch nicht versprechen. Für die aktuelle Situation aber prinzipiell, Sondervermögen ist gut für Investitionen, und ich habe keine Informationen, dass das Land dadurch belastet wird.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

René Domke, FDP: Nein, ich bin weniger zufrieden jetzt mit der Antwort, aber wahrscheinlich liegt es auch an dem Zeitverlauf. Aber es lohnt ja jetzt nicht nachzufragen, wenn man darüber noch nicht so viel sprechen kann. Also von daher vielen Dank!

Gemäß Paragraf 65 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Landtages ist die Dauer der Befragung der Landesregierung auf eine Stunde begrenzt. Vor diesem Hintergrund können die Abgeordneten, die ihre Fragen nicht mehr stellen konnten, diese bis 12:00 Uhr des Sitzungstages ausformuliert im Parlamentssekretariat einreichen. Die Landesregierung wird diese Fragen dann innerhalb von 14 Tagen schriftlich beantworten.

René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) befragt Finanzminister Dr. Heiko Geue

Laufende Gesetzgebung

Stand: 17. April 2025

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/4264	Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Wind- und Solarparks	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4265	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Klimaschutzgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4373	Entwurf eines Gesetzes über die Lehrkräftebildung in Mecklenburg-Vorpommern (Lehrkräftebildungsgesetz – LehrkrbildG M-V)	Landesregierung	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung
8/4498	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025	Landesregierung	Finanzausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung
8/4499 8/4500	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025) hierzu ZAHLENWERK zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2025	Landesregierung	Finanzausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung
8/4465	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen über die Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung
8/4635	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgesetzes	AfD	-	1. Lesung: 12.03.2025 Ablehnung der Überweisung
8/4711	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4732	Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterentwicklung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c Absatz 1, Absatz 2 GG – NOOTS-Staatsvertrag	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4736	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes	Landesregierung	Bildungsausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4737	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sportfördergesetzes	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum am 9. April 2025 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/4372	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 01.12.2024 2. Lesung: 12.03.2025	Annahme
8/4501	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	1. Lesung: 29.01.2024 2. Lesung: 12.03.2025	Ablehnung
8/4507	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg	Landesregierung	1. Lesung: 29.01.2024 2. Lesung: 09.04.2025	Annahme

Unterrichtungsfahrt des **Wirtschaftsausschusses** nach Brüssel

Gespräch mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses in Brüssel

Der Wirtschaftsausschuss unternahm Mitte März 2025 eine informative und aufschlussreiche Reise nach Brüssel, bei der zahlreiche bedeutende Institutionen besucht und wichtige Themen diskutiert wurden. Diese Reise bot nicht nur die Möglichkeit, die europäische Politik hautnah zu erleben, sondern auch wertvolle Einblicke in die aktuellen Herausforderungen und Entwicklungen auf europäischer Ebene zu gewinnen.

Zu Beginn der Reise besuchte der Wirtschaftsausschuss die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, wo die zukünftige Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds ESF+ im Mittelpunkt stand. Hier wurden Strategien erörtert, wie soziale Integration und Beschäftigung in der EU gefördert werden können. Anschließend gab es die Gelegenheit mit einem Vertreter des Ausschusses der Regionen über die Zukunft der Kohäsionspolitik zu diskutieren. Die Bedeutung regionaler Ansätze und deren Einfluss auf die europäische Integration wurden hierbei besonders hervorgehoben.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Digitalisierung und die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Hierzu hatte der Ausschuss die Gelegenheit sich mit der stellvertretenden Generaldirektorin auszutauschen. Die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für Unternehmen und Bürger standen dabei im Fokus. Im Kabinett von Kommissar Dombrovskis wurde die bessere Umsetzung und Verwaltungsvereinfachung von EU-Richtlinien thematisiert. Hierbei wurde deutlich, wie wichtig eine effiziente Verwaltung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU ist.

Die Wirtschaftsabteilung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union informierte den Wirtschaftsausschuss über die Aufgaben der Vertretung und deren Rolle in der europäischen Entscheidungsfindung. Neben den offiziellen Terminen hatte der Ausschuss auch die Gelegenheit, Brüssel bei einer Stadtführung näher kennenzulernen. Die Abgeordneten tauschten sich weiterhin bei einem Abendessen mit Europaabgeordneten zu aktuellen Themen aus. Diese informellen Gespräche ermöglichten es, persönliche Einblicke in die politische Arbeit und die Herausforderungen der Europaabgeordneten zu gewinnen.

Ein weiterer Termin fand in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern statt, wo der Ausschuss über die Aufgaben der Landesvertretung und aktuelle Fragestellungen aus den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen informiert wurde. Ein Vertreter des „think tank bruegel" analysierte die Prioritäten der neuen EU-Kommission und es wurde die Frage „Quo vadis Europa?" besprochen. Diese Diskussion war besonders aufschlussreich, da sie die zukünftige Richtung der EU-Politik beleuchtete. Ein Mittagessen mit politischen Stiftungen bot die Möglichkeit, sich über verschiedene politische Ansätze und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft auszutauschen. Ein Gespräch mit der IHK Nord ermöglichte dem Ausschuss, die Aufgaben der IHK Nord in Brüssel besser zu verstehen und deren Rolle in der Vertretung der Interessen der norddeutschen Wirtschaft zu beleuchten. Die Stiftung Wissenschaft und Politik informierte den Wirtschaftsausschuss über die europäische Sicherheitspolitik im Hinblick auf die Ukraine, ein Thema von großer Relevanz in der aktuellen geopolitischen Lage. Ein Besuch der Veranstaltung zur „Zukünftigen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)" rundete das Programm ab und gab Einblicke in die Herausforderungen und Chancen der Agrarpolitik in der EU.

Abschließend besuchte der Ausschuss den Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), wo die Aufgaben und Handlungsfelder des Ausschusses diskutiert wurden. Hierbei wurde deutlich, wie wichtig die Mitwirkung der Zivilgesellschaft in der europäischen Politik ist.

Die Reise nach Brüssel war für den Wirtschaftsausschuss eine wertvolle Erfahrung, die nicht nur das Verständnis für die europäische Politik vertiefte, sondern auch die Bedeutung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene unterstrich. Der viertägige Aufenthalt in der belgischen Hauptstadt bot den Ausschussmitgliedern wertvolle Eindrücke und Impulse, die sie für ihre Arbeit im Landtag Mecklenburg-Vorpommern mitnehmen konnten.

Agrarausschuss zu Besuch beim Bauerntag 2025 in Linstow

Am 2. April 2025 fand in Linstow der diesjährige Bauerntag des Bauernverbands Mecklenburg-Vorpommern (MV) statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen nicht nur die aktuellen Herausforderungen der Landwirtschaft, sondern auch die Zukunftsperspektiven und die künftige Agrarpolitik. Der Agrarausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern nahm diese Gelegenheit wahr, um sich mit den Anliegen der Landwirte auseinanderzusetzen.

Der öffentliche Teil des Bauerntages begann mit der Siegerehrung des Berufswettbewerbs der Deutschen Landjugend 2025. Hier wurden die Gewinner des Landesentscheides für junge Land- und Tierwirte geehrt. Die Auszeichnungen unterstrichen die Bedeutung der Nachwuchsförderung in der Landwirtschaft und die Notwendigkeit, junge Talente für die Herausforderungen der Branche zu begeistern.

Anschließend folgte ein Vortrag von Dr. Till Backhaus, Minister für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt des Landes Mecklenburg-Vorpommern, zur Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Er betonte die zentrale Rolle einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Dr. Backhaus stellte konkrete Maßnahmen vor, die die landwirtschaftlichen Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen sollen. Dabei erwähnte er unter anderem die Wiedereinführung der Agrardiesel-Subventionen und die mögliche Befreiung alternativer Kraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft von der Energiesteuer als potenzielle Schritte zur Entlastung der Landwirte. Ein weiteres zentrales Anliegen war der Bürokratieabbau, wobei die geplante Streichung der Stoffstrombilanz-Verordnung als ein Beispiel für die Reduzierung bürokratischer Hürden genannt wurde.

Im Anschluss an den Vortrag von Dr. Backhaus präsentierte Welf-Christoph von Plato, Vertriebsleiter Deutschland der CLAAS Vertriebsgesellschaft mbH, seine Zukunftsperspektiven der Landwirtschaft aus Sicht der Landtechnikindustrie. Dabei stellte er innovative Technologien vor, die es den Landwirten ermöglichen sollen, effizienter und nachhaltiger zu arbeiten.

Forderungen der Landwirte

Die Landwirte und Delegierten nutzten den Bauerntag, um ihre Forderungen an die neue Bundesregierung deutlich zu machen. Insbesondere die Themen Bürokratieabbau, steigende Energiekosten, die schließenden Schlachthöfe und der Rückgang der Nutztierhaltung wurden angesprochen. Ziel sei es, die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu sichern und die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten.

Minister Dr. Backhaus versicherte den Anwesenden, dass die laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin die Anliegen der Landwirtschaft ernst nehmen. Die Landwirtschaft sei ein Schlüsselbereich für die wirtschaftliche Stabilität und den sozialen Zusammenhalt in Mecklenburg-Vorpommern. In diesem Zusammenhang versprach er, dass die neue Bundesregierung die Herausforderungen annehmen und gemeinsam mit den Landwirten an praktikablen Lösungen arbeiten werde.

Der Bauerntag 2025 machte einmal mehr deutlich, dass nachhaltige Lösungen nur durch ein konstruktives Miteinander von Politik und Landwirtschaft möglich sind. Der enge Dialog bleibt entscheidend, um die Zukunft der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus zu sichern.

Nachhaltiger Transport und widerstandsfähige Energiesysteme

Die BSPC-Arbeitsgruppe tagt in Stockholm

Vom 16.–18. März 2025 fand in Stockholm, Schweden das fünfte Treffen der Arbeitsgruppe für Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) statt. Neben den Abgeordneten nationaler und regionaler Parlamente aus neun Ostseeanrainerstaaten nahmen der Abgeordnete Philipp da Cunha als stellvertretender Arbeitsgruppenvorsitzender und die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp auf Einladung des schwedischen Riksdag an der Sitzung teil. Im Fokus der Gespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik standen die Entwicklung von nachhaltigen Land- und Seeverkehrslösungen sowie der Schutz kritischer Infrastruktur im Kontext wachsender geopolitischer Unsicherheiten.

Beate Schlupp (Erste Vizepräsidentin des Landtages) und Philipp da Cunha (SPD)

Innovationen im Transport und Verkehr für die nachhaltige Entwicklung

Beim Besuch der Königlichen Technischen Hochschule (KTH) machten sich die Abgeordneten mit innovativen Projekten in den Bereichen Transport und Energieinfrastruktur vertraut. Der Blick auf Innovationen im Verkehrssektor wurde ferner beim Besuch des Hauptquartiers der Firma „Candela" vertieft, die sich auf den Bau von elektrischen Tragflügelbooten und Fähren für den Freizeitbereich sowie die gewerbliche Nutzung spezialisiert.

Infrastruktur- und Versorgungssicherheit im Kontext geopolitischer Transformationen

Mit Blick auf den Schutz kritischer Seeinfrastruktur, der seit ihrer Gründung hoch auf der Agenda der aktuellen Arbeitsgruppe steht, besuchten die Abgeordneten die Station der schwedischen Küstenwache auf Djurö. Zu den Aufgaben der schwedischen Küstenwache würden Seeüberwachung und andere Kontroll- und Inspektionsaufgaben sowie Umweltsanierungen nach Ölverschmutzungen auf See, Koordinierung des zivilen Bedarfs an Meeresüberwachung und Meeresinformationen sowie die Unterstützung bei der Bekämpfung des Terrorismus im maritimen Umfeld zählen. Angesichts der jüngsten Sabotageakten in der Ostsee bestehe hoher Bedarf nach Rechtsnormen für Aktivitäten in internationalen Gewässern. Die Arbeitsgruppe hat sich nachfolgend aktiv mit Fragen der Sicherheit und Energiesicherheit sowie des zivilen Schutzes im Ostseeraum auseinandergesetzt.

Ausblick auf die Abschlussempfehlungen

In einer geschlossenen Sitzung erörterten die Arbeitsgruppenmitglieder die Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem vergangen Treffen in Bergen, Norwegen und einigten sich auf weitere Empfehlungen zur Verstärkung des maritimen Bereichsbewusstseins in der Ostsee, zur Verhinderung von und Reaktion auf hybride Angriffe auf kritische Infrastrukturen, zum koordinierten Vorgehen gegen die russische Schattenflotte, zum Aufbau von Ausfallsicherheit und Redundanzen in Energie- und Kommunikationsnetzen sowie zur Stärkung der NATO- und EU-Koordinierung im Bereich der Sicherheit in der Ostsee. Die Abschlussempfehlungen der Arbeitsgruppe werden auf dem kommenden und letzten Treffen am 18.–20. Mai in Tallinn, Estland beschlossen und der 34. Jahreskonferenz am 24.–26. August in Mariehamn, Åland vorgestellt.

165. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vom 2.-3. April 2025 vertrat der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns während der 165. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel. Die AdR-Mitglieder verabschiedeten insgesamt fünf Stellungnahmeentwürfe und drei Entschließungen. Im Fokus standen dabei die EU-Landwirtschaft und der geplante EU-Meerespakt, die Rechtsstaatlichkeit, die EU-Erweiterung, die politische Situation in der Türkei, die Automobilindustrie und das Thema Wettbewerbsfähigkeit der Union. EU-Erweiterungskommissarin Marta Kos debattierte mit den AdR-Mitgliedern über Fortschritte und bestehende Defizite in den EU-Beitrittskandidatenländern:

Das Plenum des Ausschusses der Regionen im Europäischen Parlament.

Zur Neuausrichtung der Kohäsionspolitik: Widerstand gegen jeden Versuch, die Kohäsionspolitik zu zentralisieren

EU-Kommissar Fitto sprach mit den AdR-Mitgliedern über die Neuausrichtung der Kohäsionspolitik, die die Disparitäten in der EU verringern und eine ausgewogene Entwicklung ermöglichen soll. Neue Wettbewerbs-, Verteidigungs- und Sicherheitsherausforderungen seien gegeben, betonte der EU-Kommissar.

Eine umfassende Strategie für mehr regionale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft unter Berücksichtigung der Aspekte fairer Handel und Pflanzenschutz

Die Stellungnahme des AdR unterstrich, dass die effiziente Nutzung landwirtschaftlicher Betriebsmittel, einschließlich Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, gefördert werden müsse, um die Produktivität zu steigern, die Umweltauswirkungen zu verringern, die biologische Vielfalt zu fördern und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Sie begrüßte zudem die politischen Leitlinien für die neu zusammengesetzte Europäische Kommission (2024-2029), in denen betont wird, dass die Wasserversorgungssicherheit in Europa gestärkt und zügig eine neue europäische Strategie für die Resilienz der Wasserversorgung vorgelegt werden müsse.

Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in der EU

Trotz bestehender Schutzmechanismen in der EU existierten weiterhin Bedrohungen für die Rechtsstaatlichkeit wie die Gefährdung der Unabhängigkeit der Justiz und die Einschränkung der Medienfreiheit. Der AdR forderte daher in seiner Stellungnahme, dass die Gemeinden und Regionen stärker in die Überwachung der Rechtsstaatlichkeit und in die Gestaltung von EU-Politiken einbezogen werden. Die EU-Mittel sollten als Hebel genutzt werden, um die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und Fehlentwicklungen zu verhindern.

Analyse der Situation in den Kandidatenländern zur EU-Erweiterung

Die Mitglieder des AdR brachten in ihrer Stellungnahme zur EU-Erweiterung, in der sie die Situation der Westbalkanländer sowie der Türkei, Ukraine, Moldaus und Georgiens erörterten, zum Ausdruck, dass der Erweiterungsprozess trotz ernster Herausforderungen in den Jahren 2023 und 2024 neue Impulse erhalten habe, jedoch weiterhin von den Fortschritten einiger Kandidatenländer abhänge, die Reformen in allen Bereichen des EU-Rechts umsetzen müssten.

4. Jugendkonferenz von #mitmischenMV, dem Beteiligungsprozess der **Enquete-Kommission**

Am ersten April-Wochenende (4. - 6. April 2025) fand die 4. Jugendkonferenz von #mitmischenMV, dem Beteiligungsprozess der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V", in Dreilützow im Landkreis Ludwigslust-Parchim statt! Inhaltlich beschäftigte sich die Jugendkonferenz an der 42 Jugendliche aus dem gesamten Bundesland teilnahmen mit dem Themencluster 4 der Enquete-Kommission „Gesundes und sicheres Aufwachsen". Die vorbereiteten Workshops zum Cluster beinhalteten dabei mit Hilfe von Expertinnen und Experten eine Vertiefung der Bereiche „Wohnen und Raumplanung," „Ländliche Räume", „Mobilität" und „Diversität".

Das Kernstück des Tages bildeten – so wie es sich bereits aus den vergangenen Jugendkonferenzen etabliert hat – die Dialoge mit Mitgliedern der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V". Dieses Mal stellten sich der Vorsitzende Christian Winter sowie die Kommissionsmitglieder Mandy Pfeifer, Michel-Friedrich Schiefler und Dörte Heinrich den Fragen der jungen Menschen.

Der letzte Tag der vierten #mitmischenMV-Jugendkonferenz wurde dafür genutzt, die Ergebnisse der einzelnen Workshops zu präsentieren und sich über die hinzugewonnenen Erkenntnisse miteinander auszutauschen. Die Ergebnisse stellen dabei nicht nur Forderungen der jungen Menschen dar, sondern wurden auch kreativ u.a. in einem Podcast, einem kleinen Theaterstück und sogar mit einem eigens komponierten Lied dargestellt.

Die einzelnen Resultate können auf der #mitmischen-MV-Website sowie dem zugehörigen Instagram-Kanal mitmischenmv eingesehen werden.
www.mitmischen-mv.de

UNESCO-Welterbe im Herzen der Demokratie

Das Residenzensemble Schwerin ist offiziell Weltkulturerbe – gefeiert dort, wo heute Politik gemacht wird: im Schloss, Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Zwischen goldenen Wappen und hölzernen Wandvertäfelungen wurde mit der UNESCO-Welterbeurkunde für das Residenzensemble Schwerin ein Dokument überreicht, das Geschichte schreibt. Die Aufnahme in die Welterbeliste ist Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit und bringt neue Aufmerksamkeit – für ein einzigartiges Ensemble höfischer Kultur, für ein Symbol demokratischer Nutzung und für ein Land, das sein kulturelles Erbe als Auftrag versteht.

Der Moment im Landtag wirkt wie ein Scharnier zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Wo einst Großherzöge residierten, überreicht Heidrun Bartels als Beauftragte für Auswärtige Kulturpolitik des Auswärtigen Amtes die UNESCO-Welterbeurkunde im Landtag. Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier nahmen das Dokument entgegen. Damit beginnt in Schwerin – nach 24 Jahren Bewerbungsphase – ein neuer Abschnitt: der Erhalt und die Vermittlung eines kulturellen Erbes von europäischem Rang. Im Mittelpunkt steht das Schweriner Schloss – als historisches Monument, als politischer Arbeitsplatz, als identitätsstiftender Ort.

„Welterbe zu sein heißt, in besonderer Weise für Geschichte, Gegenwart und Zukunft Verantwortung zu übernehmen", erklärt Birgit Hesse bei der Feierstunde.

„Schwerins Ernennung zum Weltkulturerbe ist ein Beispiel dafür, wie die Vision von Bürgerinnen und Bürgern etwas zum Erfolg bringen kann", sagt Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

Unter den Anwesenden saßen Bildungsministerin Simone Oldenburg und Landtagsabgeordneter Sebastian Ehlers sowie die frühere Oberbürgermeisterin Schwerins Angelika Gramkow. Auch überregionale Fachkompetenz war vertreten: Fritz Ahrberg, Geschäftsführer von Hildesheim Marketing, Catharina Vogel, Welterbemanagerin der Hansestadt Lübeck, und Kerry Zander, Welterbemanagerin der Hansestadt Wismar, zeigten mit ihrer Teilnahme die Bedeutung des Netzwerks deutscher Welterbestätten.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Heidrun Bartels (Beauftragte für Auswärtige Kulturpolitik), Dr. Rico Badenschier (Oberbürgermeister Schwerin), Manuela Schwesig (Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommern)

Von der Bevölkerung in den Landtag

Die Idee der Welterbebewerbung wurde aus der Zivilgesellschaft heraus entwickelt und in die politische Debatte eingebracht. Im Jahr 2000 gab eine öffentliche Vortragsveranstaltung des Vereins Pro Schwerin e. V. den Anstoß. In der Schweriner Stadtvertretung erhielt sie im Folgejahr parteiübergreifend Unterstützung. Aus dieser Initiative entstand 2007 ein entsprechender Beschluss im Landtag, der die Grundlage für die spätere Bewerbung bildete. 2015 gründete sich dann der Welterbe Schwerin Förderverein, der über viele Jahre hinweg Veranstaltungen organisierte.

Ein Ensemble von europäischer Bedeutung

Am 27. Juli 2024 war die Entscheidung gefallen. Auf der 46. Sitzung des UNESCO-Welterbekomitees in Neu-Delhi wurde das Residenzensemble Schwerin in die Liste des Welterbes aufgenommen. Damit ist es die dritte Welterbestätte in Mecklenburg-Vorpommern – neben den Altstädten von Stralsund und Wismar sowie den Buchenwäldern auf der Insel Rügen und des Müritz-Nationalparks.

Das Ensemble umfasst mehr als 30 Gebäude: neben dem Schloss auch das Staatstheater, Museen, Verwaltungsbauten, Kirchen, der Bahnhof mit Fürstenzimmer und militärische Anlagen. Sie alle zeugen von der Zeit, als Schwerin Residenzstadt des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin war. Ihre Funktion: repräsentieren, verwalten, verteidigen, beleben. Ihre Bedeutung: ein nahezu vollständig erhaltenes Bild höfischer Urbanität des 19. Jahrhunderts.

Architektur als Ausdruck politischer Ordnung

Das Schweriner Schloss, gebaut zwischen 1845 und 1857, gilt als Hauptwerk des romantischen Historismus. Französische Renaissance trifft auf englische Tudorgotik, italienischer Klassizismus auf regionalen Johann-Albrecht-Stil. Die Vielschichtigkeit der Architektur spiegelt die politischen Ansprüche der Zeit: Kontinuität, Herrschaft, Ordnung. Zugleich eröffnen sich aus heutiger Perspektive neue Lesarten – als Ausdruck kultureller Vielfalt, als Spiegel gesellschaftlicher Veränderungen, als Bühne demokratischer Entwicklung.

Dass heute der Landtag in diesen Mauern tagt, verleiht dem Ort eine besondere Symbolik. Geschichte und Gegenwart treten in einen Dialog. Das Welterbe ist nicht nur Objekt der Betrachtung, sondern Raum politischer Gestaltung.

Verantwortung über Generationen hinweg

Die Anerkennung durch die UNESCO würdigt nicht nur die bauliche Qualität des Ensembles. Sie ehrt auch das Engagement – von Denkmalschützerinnen und Denkmalschützern, Historikerinnen und Historikern, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landespolitikerinnen und Landespolitiker, Architektinnen und Architekten, Restauratorinnen und Restauratoren vielen anderen. Jahrzehntelang wurde geforscht, geplant, restauriert. Nach der Wiedervereinigung floss erhebliche öffentliche Förderung in die Wiederherstellung der historischen Bausubstanz.

Jetzt beginnt mit der Urkunde die nächste Etappe. Geplant sind ein Welterbe-Informationszentrum, ein neues Stadtmuseum und zusätzliche Bildungsangebote. Ziel ist es, das Ensemble stärker im Alltag der Stadtgesellschaft zu verankern – als identitätsstiftender Ort und lebendige Plattform für Kultur, Bildung und politische Teilhabe.

„Welterbe zu sein, das ist eine Ehre und eine Aufgabe. Man braucht Rückgrat und ein dickes Portemonnaie", sagt Kerry Zander. Die Welterbemanagerin der Hansestadt Wismar versucht Klimaschutz und Welterbe zusammenzubringen und eine Lösung für die Zukunft zu entwickeln.

Internationale Bühne, regionale Wirkung

Schwerin gewinnt mit dem Welterbetitel an internationalem Profil. Die Landeshauptstadt wird sichtbarer auf der touristischen Landkarte, kulturelle Netzwerke wachsen, Fördermöglichkeiten entstehen. Gleichzeitig richtet sich der Blick nach innen: Wie lassen sich denkmalgerechter Schutz und zeitgemäße Nutzung verbinden? Wie wird Welterbe Teil kommunaler Entwicklung? Wie gelingt die Vermittlung an kommende Generationen? Das Kulturministerium Mecklenburg-Vorpommern begleitet diesen Prozess in zentraler Rolle. Als Partner auf Landes- und Bundesebene, als Förderinstanz und Vermittler zwischen Fachwelt, Politik und Öffentlichkeit.

Die politische Verantwortung ist damit nicht abgeschlossen, sondern beginnt von Neuem – mit einem erweiterten Horizont.

Die gesamte Veranstaltung können Sie hier nochmal sehen:

01. JUNI 2025

„UNESCO-Welterbetag & Kindertag"

Erleben Sie am 01. Juni zum UNESCO-Welterbetag und zugleich Kindertag das Schweriner Schloss als Herzstück des Residenzensemble Schwerin.

Führung auf das „Schlossdach":

- *immer um 10:30 / 11:30 / 12:30 / 13:30 / 14:30 / 15:30*
- *jeweils für bis zu 15 Personen, Anmeldung im Schlossinnenhof*
- *Dauer: ca. 45 Minuten*

Burggartenführungen:

- *immer um 11:00 / 13:00 / 15:00*
- *jeweils für bis zu 20 Personen, Anmeldung im Schlossinnenhof*
- *Dauer: ca. 60 Minuten*

Führung: Das Schloss Schwerin und sein außergewöhnlicher universeller Wert:

- *Ein Rundgang mit dem LAKD*
- *11:15 – 12:45 Uhr*
- *Teilnehmerzahl begrenzt, Anmeldung vorab über inga.bruhn@landtag-mv.de*

Öffnung der Drehbrücke:

- *14:30 Uhr*

im Burggarten:

- *10:00 – 17:00 Uhr*
- *Hüpfburg*
- *Landtagsquiz*
- *geöffneter Weinlaubsaal*

Girls‘ und Boys‘ Day 2025

Am Girls‘ und Boys‘ Day 2025 waren 45 Schülerinnen und Schüler zu Besuch im Landtag MV, um dessen Arbeit kennenzulernen. Vor Ort wurden sie in die Aufgaben des Parlaments eingeführt und konnten im Rahmen einer Führung das Schweriner Schloss erkunden.

Während einige Teilnehmende mehr über die Arbeit innerhalb der Fraktionen erfuhren, erhielten andere einen Einblick in die Aufgaben des in der Landtagsverwaltung tätigen Referates für Bauangelegenheiten und Betriebstechnik. Dabei besichtigten sie die aktuellen Baustellen im Schloss sowie die Technikzentralen, erfuhren mehr über das System für Lichtsteuerung und konnten sich sogar selbst daran versuchen, Elektro-Leitungen zu orten.

Die bundesweiten Aktionstage „Girls‘ Day“ und „Boys‘ Day“ sollen dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler Berufsfelder kennenlernen, in denen Frauen oder Männer bislang unterrepräsentiert sind. Dafür bieten Unternehmen, Behörden und Institutionen häufig Workshops oder – wie auch der Landtag MV – ein eintägiges Schnupperpraktikum an.

Ökumenische Andacht

Die ökumenische Andacht in der Schweriner Schlosskirche markiert traditionell den Beginn der Sitzungswoche im Landtag MV. Die Andacht vor der 102. Plenarsitzung hat der Abgeordnete Marc Reinhardt am Morgen des 14. April 2025 gehalten.

Am Mittwoch einer jeden Landtagssitzungswoche findet um 08:00 Uhr in der Schlosskirche des Schweriner Schlosses die ökumenische Morgenandacht statt. Die Andacht ist öffentlich und eine Anmeldung ist nicht notwendig. Kommen Sie gerne vorbei.

US-amerikanische Schülergruppe aus Mecklenburg County

Die 1. Vizepräsidentin des Landtages MV, Beate Schlupp, hat kürzlich eine US-amerikanische Schülergruppe aus Mecklenburg County, North Carolina, zum Gespräch getroffen. Gemeinsam mit dem Chef der Staatskanzlei MV, Patrick Dahlemann, begrüßte die Vizepräsidentin die Schülerinnen und Schüler am RecknitzCampus in Laage und beantwortete ihre interessierten Fragen.

Der Besuch der Fünftklässler der South Academy of International Languages (S.A.I.L.) fand im Rahmen eines Schüleraustausches statt. Die Schule pflegt eine nachhaltige Partnerschaft mit dem RecknitzCampus, die künftig auch weiter ausgebaut werden soll.

Erfahren Sie mehr über die Welterbestätten in MV

In der Hofdornitz, der einstigen großherzoglichen Waffen- und Trophäenhalle, können Sie anhand von Schautafeln mehr über die Geschichte des historischen Schlosses und die Welterbestätten Mecklenburg-Vorpommerns erfahren. Zudem ist der Innenhof des Schlosses erlebbar.

Der Innenhof und die Hofdornitz sind wie folgt geöffnet:

samstags:

10:00 – 18:00 Uhr

sonntags:

11:00 – 18:00 Uhr

Kommen Sie gerne vorbei und verbinden Sie Ihren Besuch mit einer kleinen Pause in der Schlossgastronomie oder einem frühlingshaften Spaziergang durch den Burggarten auf der Schlossinsel.

WUSSTEN SIE SCHON?

Hinweise für Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher:

Der Landtag versendet auch ganze Klassensätze von Publikationen. Besonders passend für den Unterricht und verschiedene Altersstufen:

Pixi-Buch „Der Besuch im Schweriner Schloss“
In diesem exklusiven Pixi-Buch entdecken die Geschwister Franzi und Friedrich das Schweriner Schloss und erleben auch eine Plenarsitzung des Landtages.

Das Schweriner Märchenschloss von A-Z
Das Schweriner Märchenschloss von A-Z entstand im Rahmen eines Denkmalprojekts der Gesamtschule „Bertholt Brecht“ Schwerin.

Publikationen des Landtages

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht regelmäßig Publikationen über besondere Veranstaltungen, informative Hintergründe zur Arbeit des Landtages oder auch zur Geschichte des Schweriner Schlosses. Die Publikationen können Sie hier kostenfrei bestellen:
www.landtag-mv.de/landtag/publikationen-bestellen

Die neusten Publikationen

Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde 1993 im Landtag beschlossen und trat nach einem Volksentscheid 1994 in Kraft. Die Publikation enthält die aktuelle Fassung vom Januar 2025.

Altenparlament 2024
Dokumentation zum Altenparlament am 21. November 2024

Trauerstaatsakt für Rainer Prachtl
Dokumentation zum Trauerstaatsakt für den ehemaligen Präsidenten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Rainer Prachtl am 12. November 2024 in der Schlosskirche.